

Geschäftsbericht 2013

Freie Arzt- und Medizinkasse
der Angehörigen der Berufsfeuerwehr und der Polizei VVaG

Lagebericht

Jahresabschluss

- Bilanz

- Gewinn- und Verlustrechnung

- Anhang

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Bericht des Aufsichtsrates

Die im Folgenden dargestellten Zahlenangaben sind maschinell gerundet. Es können sich daher darstellungsbedingt Rundungsabweichungen ergeben.

Lagebericht

Grundlagen des Vereins

Geschäftsmodell des Vereins

Die Freie Arzt- und Medizinkasse der Angehörigen der Berufsfeuerwehr und der Polizei VVaG (FAMK) wurde im Jahre 1911 als Selbsthilfeeinrichtung der Beamten der Feuerwehr mit einem organisierten Ärzte- und Apothekernetz gegründet. Der in die Selbsthilfeeinrichtung einbezogene Personenkreis wurde im Jahr 1946 um die Polizeibeamten der städtischen Polizei und zu einem späteren Zeitpunkt noch um Beamte in verwandten Tätigkeitsfeldern erweitert. Die Ausrichtung der FAMK blieb über den Zeitraum von über 100 Jahren hinsichtlich Zielgruppen und Leistungsumfang weitgehend unverändert. Durch den intensiv gelebten Vereinsgedanken ist die FAMK in Hessen in der Zielgruppe der Beamten der Berufsfeuerwehren, der Polizei, der Justiz, des Strafvollzugs, der Steuerfahndung und der Gefahrenabwehrbehörden sowie in deren Verwaltungen stark verwurzelt. Die FAMK ist innerhalb dieser Zielgruppen der führende Krankenversicherer in Hessen.

Die FAMK bietet ihren Mitgliedern aus Hessen privaten Versicherungsschutz bei Erkrankungen und Unfällen in Verbindung mit einem einzigartigen Service hinsichtlich der Beihilfeberatung sowie der Beihilfeabwicklung samt Vorfinanzierung. Das Wachstum des Vereins ist aufgrund der satzungsmäßigen Beschränkung auf die o.g. Zielgruppen allerdings im hohen Maße abhängig vom Einstellungsverhalten der entsprechenden Dienstherren. Die Einstellungszahlen waren in den letzten Jahren jedoch sehr gering.

Tarifwerk

Die FAMK betreibt ausschließlich das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft für folgende Versicherungsart:

- Einzel-Krankheitskostenvollversicherung

Seit dem 21.12.2012 werden bei der FAMK die Tarife nur noch geschlechtsneutral kalkuliert (Unisex-Tarife). Bis zum 20.12.2012 verwendete die FAMK bei der Kalkulation ihrer Tarife grundsätzlich unterschiedliche Rechnungsgrundlagen für Frauen und Männer.

Lagebericht

Standort

Die FAMK hat ihren Sitz seit der Gründung des Vereins in Frankfurt am Main. Im Geschäftsjahr wurden in der Hansaallee 154 in Frankfurt am Main unweit des Polizeipräsidiums und der Feuer- und Rettungswache 1 neue Geschäftsräume bezogen. Um den Mitgliedern noch besseren Service - verbunden mit einem neuen Beratungskonzept - anbieten zu können, wurde hier ein modernes Service- und Beratungszentrum eingerichtet.

Lagebericht

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliches Umfeld

Die Weltwirtschaft nimmt wieder Fahrt auf.

Nach dem konjunkturell verhaltenen Winter 2012/2013 hat die Weltwirtschaft wieder Fahrt aufgenommen und ist nach Berechnungen der Wirtschaftsforschungsinstitute im Jahr 2013 um ca. 3,0% gewachsen. Die weltweite Konjunkturentwicklung wurde vor allem von den Industrieländern getragen, während das Wachstum in den Schwellenländern etwas nachließ.

Auf beiden Seiten des Atlantiks haben die Bemühungen des öffentlichen und privaten Sektors, ihre angespannte Verschuldungslage zu verbessern, die Wirtschaft weiterhin belastet. Nach wie vor war die Geldpolitik in den USA, in Japan und in Europa jedoch sehr expansiv, sodass insgesamt günstige Finanzierungsbedingungen einen Wachstumsimpuls für Privathaushalte und Unternehmen darstellten. Die Inflationsraten für das Jahr 2013 fielen moderat aus.

Die Deutsche Wirtschaft trotz der Krise.

Die deutsche Wirtschaft ist am Ende des Jahres 2013 wieder auf einen stabilen Erholungskurs eingeschwenkt, nachdem sie im Winterhalbjahr 2012/2013 aufgrund der europäischen Schuldenkrise in eine Schwächephase geraten war. Gegen den europaweiten Trend konnte die deutsche Wirtschaft ihr Wachstum, wenn auch eingeschränkt, fortsetzen. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs im Jahresdurchschnitt des Jahres 2013 um 0,4%, nachdem im Jahr 2012 ein Plus von 0,7% erreicht wurde. Trotz dieser insgesamt schwachen wirtschaftlichen Entwicklung haben Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung weiter zugenommen, wenn auch etwas geringer als im Jahr 2012.

Die Stützen der Konjunktur waren der private Konsum und die Staatsausgaben. Wesentliche Gründe hierfür waren nicht zuletzt das hohe Beschäftigungsniveau und die steigenden Reallöhne. Die Konsumneigung hielt sich auch im Jahr 2013 auf einem hohen Niveau.

Die Versicherungsbranche positioniert sich.

Die deutsche Versicherungswirtschaft hat im Jahr 2013 die anhaltend schwierige Situation im europäischen Umfeld erfolgreich gemeistert und im herausfordernden Umfeld ein respektables Geschäftsergebnis erzielt. Die wirtschaftliche Lage der privaten Haushalte war insgesamt günstig, allerdings war die Sparquote in Deutschland rückläufig.

Lagebericht

Entwicklung der privaten Krankenversicherung

Im Jahr 2013 meisterte die private Krankenversicherung (PKV) zahlreiche Herausforderungen: Die Branche führte erfolgreich die geschlechtsunabhängig kalkulierten Tarife für Vertragsabschlüsse ab dem 21.12.2012, sog. "Unisex-Tarifen", ein, brachte mit der staatlich geförderten ergänzenden Pflegeversicherung ein neues Vorsorgeprodukt auf den Markt und setzte im Sommer 2013 den gesetzlich vorgegebenen Notlagentarif für säumige Beitragszahler um.

Die gesundheitspolitische Diskussion im Vorfeld der Bundestagswahl und bei der Regierungsbildung bewirkte bei potenziellen PKV-Neukunden häufig eine abwartende Haltung und dämpfte insbesondere das Neugeschäft in der Krankheitskostenvollversicherung.

In der Zusatzversicherung war dagegen eine dynamische Entwicklung und ein solides Wachstum zu verzeichnen.

Mit Inkrafttreten des "Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung" wurden ab 01.08.2013 die Regelungen zum neu gestalteten Notlagentarif für säumige Beitragszahler wirksam. Die betroffenen Versicherungsnehmer werden im Notlagentarif versichert, der Leistungen nur für Notfälle und wenige Ausnahmen vorsieht. Durch den deutlich geringeren Beitrag erhalten säumige Beitragszahler die Chance, ihre Rückstände zu begleichen und anschließend wieder in ihren bisherigen Tarif zurückzukehren. Zugleich sinkt die Summe der Beitragsausfälle und damit auch die Belastung der übrigen Versicherten. Die Umstufung in den Notlagentarif wurde rückwirkend durchgeführt, wodurch die individuelle Schuldenlast auch für die Vergangenheit deutlich verringert wurde.

Das Beitragswachstum wurde im Jahr 2013 durch einen bilanziellen Sondereffekt im Rahmen der Einführung des Notlagentarifes verringert. Die Beitragseinnahmen stiegen im Geschäftsjahr um 0,7%.

Lagebericht

Geschäftsverlauf

Geschäftsergebnisse im Überblick

Die FAMK ist mit dem Verlauf des Geschäftsjahres zufrieden. So konnte der Verein auch im Berichtsjahr die Position als führender Krankenversicherer innerhalb seiner Zielgruppen in Hessen verteidigen.

Die gebuchten Bruttobeiträge erhöhten sich von T€46.905 im Vorjahr leicht um 0,5% auf T€47.162. Dagegen belasteten die um 6,1% auf T€32.759 gestiegenen Aufwendungen für Versicherungsfälle das Ergebnis (Vorjahr T€30.879). Wie in den Vorjahren leisteten die Kapitalanlagen erneut einen hohen positiven Beitrag zum Gesamtergebnis des Vereins. Die Kapitalerträge stiegen um 18,1% von T€8.932 auf T€10.553.

Insgesamt ergibt sich ein Gesamtüberschuss von T€5.133 nach T€6.775 im Vorjahr. Auch im Geschäftsjahr können somit sowohl hohe Mittel der Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung zugunsten der Mitglieder zugeführt als auch das Eigenkapital des Vereins im Hinblick auf die zukünftigen europäischen Eigenmittelanforderungen nach „Solvency II“ aufgestockt werden. Der Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung wurden aus dem Gesamtüberschuss T€4.233 zugeführt. Sie beläuft sich zum Bilanzstichtag auf T€19.724. Das Eigenkapital des Vereins wurde um T€900 gestärkt und beträgt nun T€10.000.

Der Vergleich der Aussagen im Prognosebericht des letztjährigen Geschäftsberichts mit den Ergebnissen 2013 zeigt folgendes Bild: Die leicht unter dem Marktniveau erwartete Beitragssteigerung wurde erreicht. Der Bestand ging leicht zurück und entwickelte sich damit wie erwartet. Die Aufwendungen für Versicherungsfälle entwickelten sich nicht marktadäquat, sondern stiegen etwas stärker als der Marktdurchschnitt. Bei den Kapitalanlagen wurde die erwartete Nettoverzinsung von etwa 4,0% mit 4,62% im abgelaufenen Jahr erfreulicherweise deutlich übertroffen. Der gegenüber dem Vorjahr prognostizierte leicht erhöhte Gesamtüberschuss konnte nicht erzielt werden. Dadurch fielen auch die Zuführungen zur erfolgsabhängigen Rückstellung für Beitragsrückerstattung und zum Eigenkapital geringer aus als erwartet.

Lagebericht

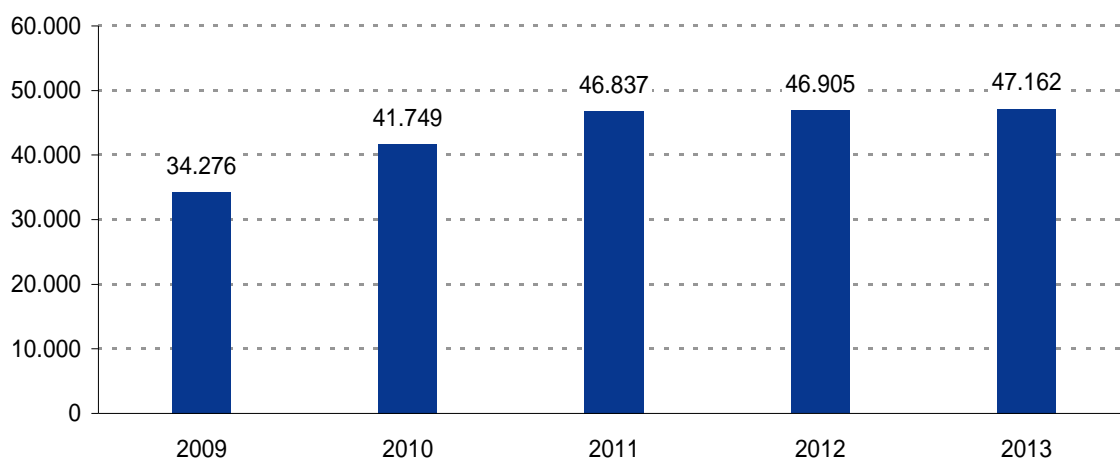
Beitragseinnahmen

Die gebuchten Bruttobeiträge stiegen im Geschäftsjahr von T€ 46.905 im Vorjahr um T€ 257 bzw. 0,5% auf nun T€ 47.162.

Wie alle gesetzliche Krankenkassen und private Krankenversicherungen ist auch die FAMK von der Nichtzahlerproblematik betroffen. Die zum 01.01.2009 eingeführte gesetzliche Versicherungspflicht führte im Ergebnis dazu, dass säumigen Beitragszahlern nicht mehr gekündigt werden kann. Die betroffenen Versicherungsverhältnisse waren seitdem vielmehr ruhend zu stellen und schließlich in den Basistarif umzustellen. Die wirtschaftlichen Belastungen für die diesen Versicherten gesetzlich zustehenden Notfalleistungen und die Beitragsausfälle waren von den Versicherern sowie der Gemeinschaft der vertragstreuen Versicherungsnehmer zu tragen. Der Gesetzgeber hat darauf reagiert und per 01.08.2013 den Notlagentarif eingeführt. Dieser sieht vor, dass Nichtzahler nach Abschluss des Mahnverfahrens bei Einführung des Notlagentarifs auch rückwirkend in den Notlagentarif umgestellt werden. Der Notlagentarif regelt die Versorgung bei akuten Erkrankungen zu deutlich reduzierten Beiträgen. Die Umstellung in den Notlagentarif konnte die Nichtzahlerproblematik nur teilweise lösen. Zum Bilanzstichtag waren weiterhin 63 Versicherungsverhältnisse als ständige Nichtzahler einzustufen.

Aus den Rückstellungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung wurden im Geschäftsjahr T€ 309 (Vorjahr T€ 1.408) entnommen und der Deckungsrückstellung zugeführt. Dieser Betrag wurde für Limitierungen von Beitragserhöhungen im Rahmen von Beitragsanpassungen verwendet.

Gebuchte Bruttobeiträge in T€

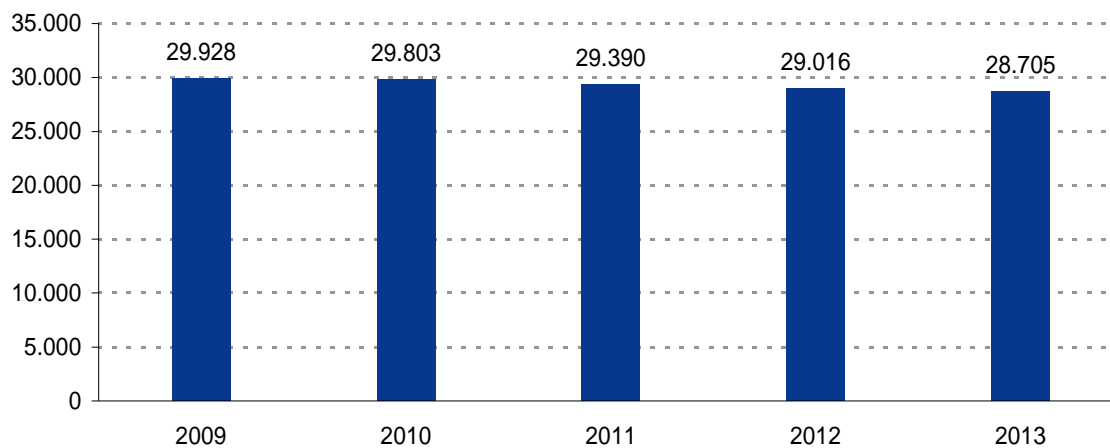


Lagebericht

Bestandsentwicklung

Auch im Geschäftsjahr musste erneut ein Rückgang des Versichertenbestands um 1,1% verzeichnet werden. Die Anzahl aller bei der FAMK versicherten natürlichen Personen sank von 29.016 Personen im Vorjahr auf 28.705 Personen. Die Abgänge konnten durch das stagnierende Neugeschäft im Geschäftsjahr aufgrund der erneut geringen Einstellungszahlen der Dienstherren im Land Hessen nicht kompensiert werden.

Anzahl der versicherten natürlichen Personen



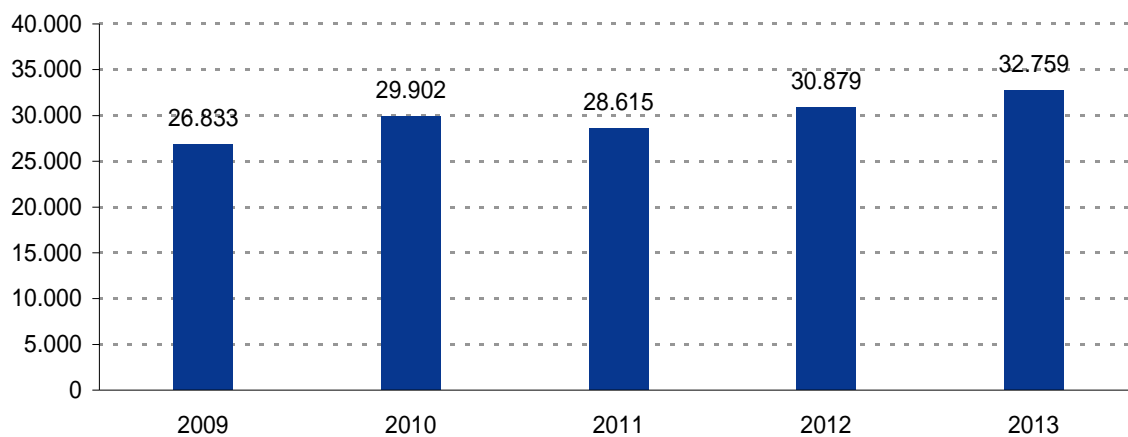
Lagebericht

Aufwendungen für Versicherungsfälle

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle stiegen von T€30.879 im Vorjahr um T€1.880 bzw. 6,1% auf T€32.759 im Geschäftsjahr. Auslöser für diesen marktüberdurchschnittlichen Anstieg sind u.a. allgemeine Kostensteigerungen im Gesundheitswesen sowie die Alterung im Versicherungsbestand. Von den Zahlungen für Versicherungsfälle einschließlich Schadenregulierungsaufwendungen wurden T€24.396 (Vorjahr T€23.276) für Geschäftsjahresschäden und T€6.863 (Vorjahr T€9.654) für Vorjahresschäden getätigt.

Die Schadenquote betrug 81,2% (Vorjahr 78,9%). Diese Quote zeigt, in welchem Umfang die Beitragseinnahmen unmittelbar in Versicherungsleistungen und Alterungsrückstellungen fließen. Sie umfasst damit nicht nur die Aufwendungen für gegenwärtige Erstattungsleistungen, sondern auch die Zuführungen zu den Alterungsrückstellungen für das mit dem Alter wachsende Krankheitsrisiko.

Aufwendungen für Versicherungsfälle in T€



Lagebericht

Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb umfassen die Abschluss- und die Verwaltungsaufwendungen.

Die Abschlussaufwendungen haben sich nach T€730 im Vorjahr auf T€713 aufgrund des etwas geringeren Neugeschäfts reduziert. Dies führte zu einem Rückgang der Abschlusskostenquote auf 1,51% (Vorjahr 1,56%).

Dagegen sind die Verwaltungsaufwendungen auf T€1.518 (Vorjahr T€1.400) gestiegen. Hierin spiegeln sich die tariflichen Anpassungen bei den Angestelltengehältern sowie einmalige Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Bezug und höhere laufende Aufwendungen für den Betrieb der neuen Geschäftsräume der FAMK wieder. Die Verwaltungskostenquote erhöhte sich auf 3,22% nach 2,99% im Vorjahr.

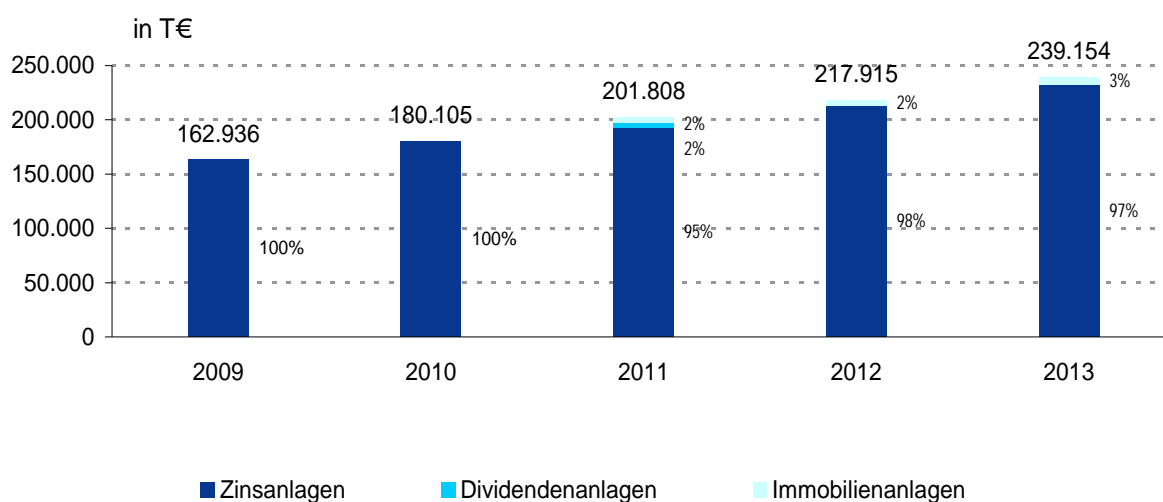
Lagebericht

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen erhöhten sich um 9,7% auf T€ 239.154 (Vorjahr T€ 217.915).

Entwicklung der Kapitalanlagen



Der Bestand an Immobilien-Spezialsondervermögen stieg auf T€ 7.539 (Vorjahr T€ 5.000). Dies entspricht einem Anteil von 3,2% (Vorjahr 2,3%) an den gesamten Kapitalanlagen.

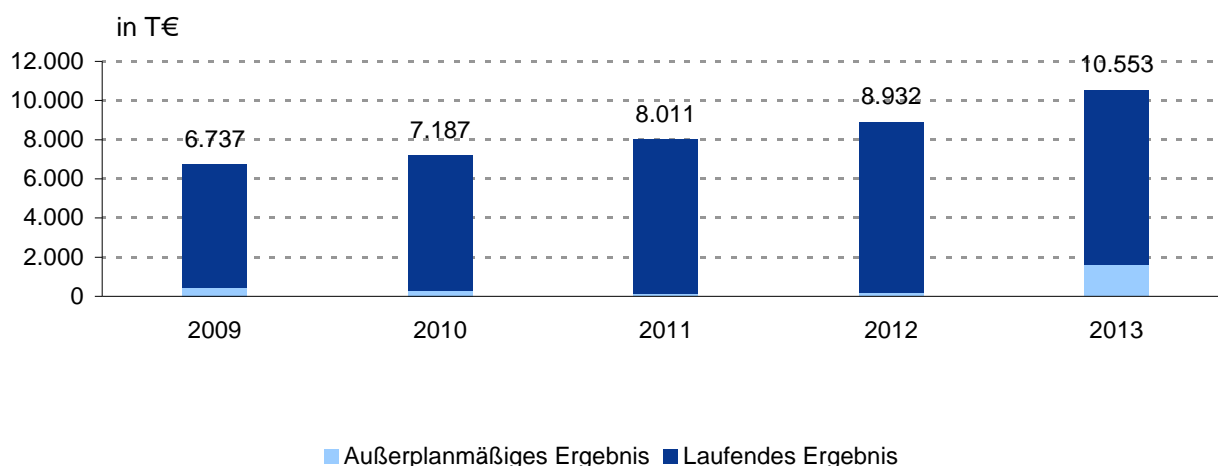
Wie im Vorjahr stand auch im Geschäftsjahr die Sicherheit der Anlagen im Vordergrund der Kapitalanlagestrategie. Neu- bzw. Wiederanlagen wurden schwerpunktmäßig in lang laufende gedeckte Zinsanlagen mit guter und sehr guter Bonität getätigt. Zusätzlich konnte die Bonität dadurch verbessert werden, dass gezielt Anleihen, insbesondere auch Nachranganleihen, aus dem Bestand veräußert wurden. Allerdings hat die andauernde Staatsschuldenkrise in Europa, wie bereits in den Vorjahren, zu einem teilweise noch vorsichtigeren Vorgehen der Ratingagenturen geführt. Zahlreiche Ratingherabstufungen im Laufe des Jahres waren die Folge. Trotzdem konnte die durchschnittliche Rating-Qualität des Zinsanlagenbestandes im Direktbestand weiter verbessert werden.

Der Anteil der direkt gehaltenen Zinsanlagen an den gesamten Kapitalanlagen stieg von 84,1% deutlich auf 96,9%. Das Volumen der Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen betrug dabei T€ 121.333 (Vorjahr T€ 110.083), das Volumen der Inhaberschuldverschreibungen T€ 100.218 (Vorjahr T€ 71.439). Die Einlagen bei Kreditinstituten haben sich von T€ 1.669 im Vorjahr auf T€ 10.064 erhöht. Die indirekt gehaltenen Zinsanlagen in Form von Renten-Spezialsondervermögen wurden im Geschäftsjahr komplett veräußert. Deren Anteil an den gesamten Kapitalanlagen betrug im Vorjahr 13,6%.

Lagebericht

Der Bestand an Vorkäufen zur langfristigen Sicherung der Zinserträge betrug am Bilanzstichtag T€ 10.500 (nominal). Dabei handelt es sich ausnahmslos um Vorkäufe auf Inhaberschuldverschreibungen.

Entwicklung des Kapitalanlageergebnisses



Das Netto-Ergebnis der Kapitalanlagen betrug T€ 10.553 nach T€ 8.932 im Vorjahr.

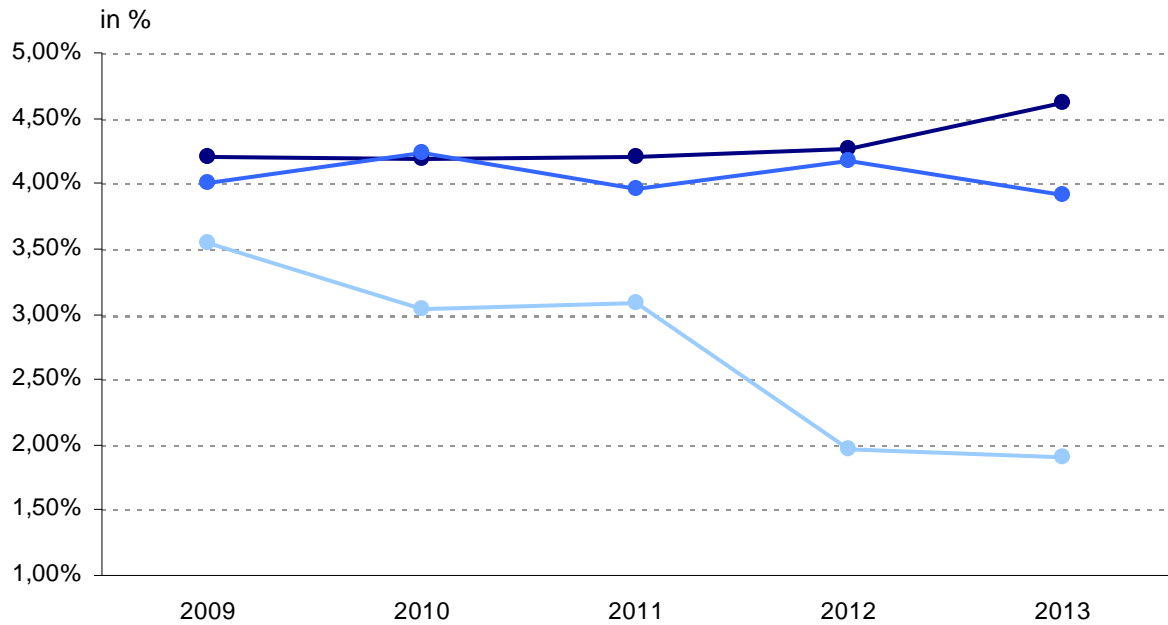
Kapitalanlageergebnis netto					
	2009	2010	2011	2012	2013
	T€	T€	T€	T€	T€
Laufende Erträge	6.597	7.218	7.986	8.838	9.039
Kosten für Vermögensverwaltung	-298	-311	-71	-97	-106
Laufendes Ergebnis	6.298	6.907	7.915	8.741	8.933
Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	2.774	319	216	191	1.620
Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	-2.336	0	-158	0	0
Erträge aus Zuschreibungen	0	0	39	0	0
Abschreibungen auf Kapitalanlagen	0	-39	0	0	0
Außerplanmäßiges Ergebnis	439	280	96	191	1.620
Kapitalanlageergebnis netto	6.737	7.187	8.011	8.932	10.553

Im Jahr 2013 konnten laufende Erträge in Höhe von T€ 9.039 (Vorjahr T€ 8.838) erwirtschaftet werden. Die laufenden Aufwendungen betrugen T€ 106 (Vorjahr T€ 97).

Das außerplanmäßige Ergebnis hat sich im Geschäftsjahr deutlich verbessert. Es lag bei T€ 1.620 (Vorjahr T€ 191). Grund hierfür waren vor allem realisierte Kursgewinne aus dem Verkauf von direkt gehaltenen Zinsanlagen sowie realisierte Kursgewinne aus dem Verkauf von indirekt gehaltenen Zinsanlagen in Form von Renten-Spezialsondervermögen.

Lagebericht

Nettoverzinsung der Kapitalanlagen und Kapitalmarktzins

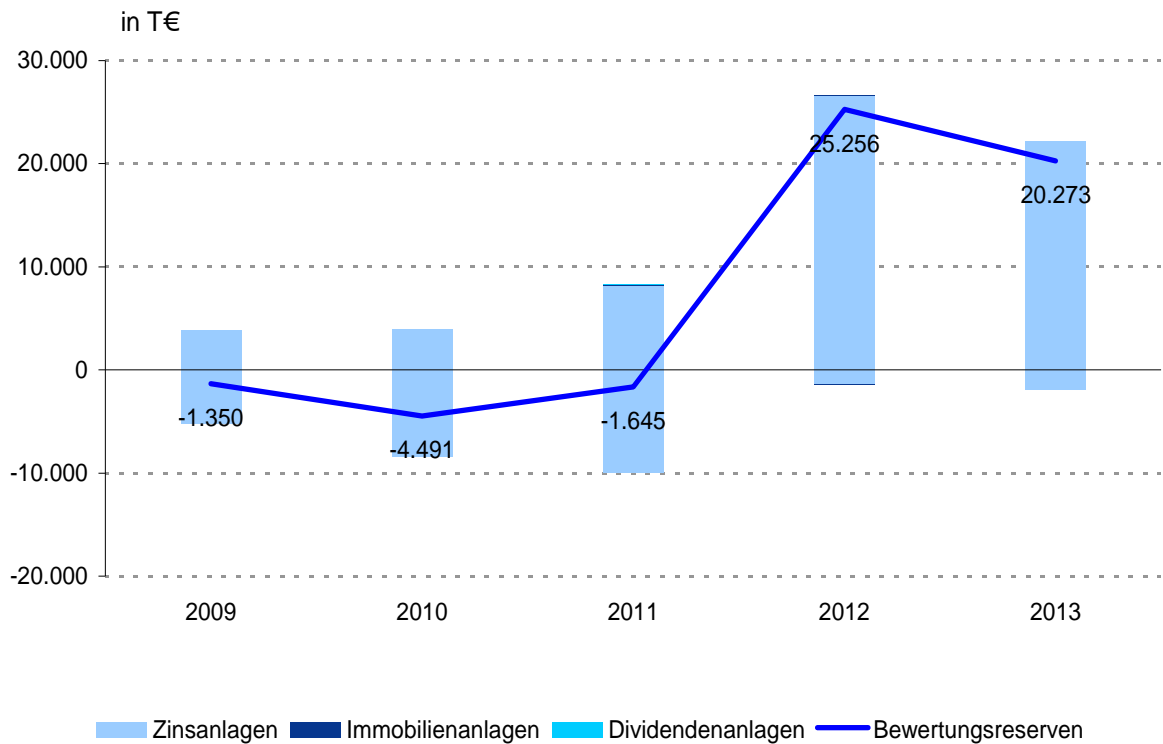


Nettoverzinsung der Kapitalanlagen und Kapitalmarktzins					
	2009	2010	2011	2012	2013
Nettoverzinsung	4,21%	4,19%	4,20%	4,26%	4,62%
Ifd. Durchschnittsverzinsung	4,00%	4,24%	3,96%	4,17%	3,91%
Durchschnitt 10J.EUR-Swap	3,55%	3,04%	3,09%	1,96%	1,91%

Die laufende Durchschnittsverzinsung fiel auf 3,91% (Vorjahr 4,17%), die Nettoverzinsung dagegen stieg auf 4,62% (Vorjahr 4,26%).

Lagebericht

Entwicklung der Bewertungsreserven



Entwicklung der Bewertungsreserven					
	2009	2010	2011	2012	2013
	T€	T€	T€	T€	T€
Bewertungsreserven in T€	-1.350	-4.491	-1.645	25.256	20.273

Die saldierten Bewertungsreserven der FAMK gingen von T€25.233 im Vorjahr auf T€20.273 zurück. Dies ist insbesondere zurückzuführen auf den deutlichen Anstieg der Renditen in den Euro-Kernländern. Dagegen haben sich die Bewertungsaufschläge („Spreads“) in den Peripherieländern im Jahresverlauf weiter eingengt.

Die versicherungstechnischen Passiva sind im ausreichenden Umfang durch qualifizierte Kapitalanlagen bedeckt.

Lagebericht

Ergebnisquellen

Jede der Ergebnisquellen Kapitalanlagen, Risiko und Kosten hat einen positiven Beitrag zum Ergebnis geleistet. Wie im Vorjahr hat das Risikoergebnis das stärkste Gewicht, auch ohne Berücksichtigung des Sicherheitszuschlags ist es positiv. Das Ergebnis aus Kapitalanlagen hat sich gegenüber den Vorjahren nochmals deutlich verbessert und lieferte damit einen höheren Ergebnisbeitrag.

Überschussverwendung

Im Geschäftsjahr wurde ein Gesamtüberschuss von T€5.133 nach T€6.775 im Vorjahr erzielt. Der Gesamtüberschuss kommt vollständig den Mitgliedern der FAMK zugute. Die Überschussverwendung erfolgt sowohl durch die Bereitstellung von Mitteln für Limitierungen notwendiger Beitragserhöhungen als auch durch die Zuführung zu den Rücklagen.

Der Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung wurden T€4.233 (Vorjahr T€5.475) und dem Eigenkapital T€900 (Vorjahr T€1.300) aus dem Gesamtüberschuss zugeführt. Die Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung beträgt am Bilanzstichtag T€19.724 (Vorjahr T€15.800).

Aus dem Ergebnis des Geschäftsjahres konnten den Mitgliedern der FAMK Mittel gemäß § 12a Abs. 2 und 3 VAG in Höhe von T€2.007 (Vorjahr T€1.246) gutgeschrieben bzw. für sie reserviert werden.

Eigenkapital

Nach der Zuführung von T€900 aus dem Gesamtüberschuss beläuft sich das Eigenkapital am Bilanzstichtag insgesamt auf T€10.000 (Vorjahr T€9.100). Das Eigenkapital setzt sich zusammen aus der Verlustrücklage gem. § 37 VAG T€3.900 (Vorjahr T€3.600) und den anderen Gewinnrücklagen T€6.100 (Vorjahr T€5.500).

Damit konnte die sehr gute Eigenkapitalausstattung der FAMK im Hinblick auf die steigenden Eigenmittelanforderungen durch das neue europäische Aufsichtsregime Solvency II erneut gesteigert werden.

Das Eigenkapital dient der FAMK als sichere Basis für die laufende Geschäftstätigkeit und damit zur dauerhaften Erfüllung der Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen. Die Eigenkapitalquote gemäß dem Kennzahlenkatalog der privaten Krankenversicherungen beläuft sich am 31.12.2013 auf 21,2% (Vorjahr 19,4%) und liegt damit deutlich über dem Marktdurchschnitt (2012: 15,2%). Die Eigenkapitalquote ist definiert als das Verhältnis Eigenkapital zu verdienten Bruttobeiträgen und ist ein Maßstab für die Solvabilität des Vereins. Ein hohes Eigenkapital versetzt den Verein in die Lage, kurzfristige Verluste auszugleichen

Lagebericht

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die Personalarbeit richtet sich konsequent an den strategischen Zielen der FAMK aus. Insbesondere der Service für die Kunden soll permanent verbessert werden.

Dies können nur gut ausgebildete und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern leisten, die die Bedürfnisse des Kunden in den Mittelpunkt ihres Handelns stellen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tragen somit aktiv zum Unternehmenserfolg bei. Sie handeln freundlich und verbindlich, verständlich, kompetent und schnell und verstärken damit die Kundenbindung. Gerade für die FAMK mit ihrer stark regionalen und auf wenige Berufsgruppen fokussierten Mitgliederstruktur ist erlebbarer guter Service besonders wichtig.

Die Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern ist der FAMK wichtig. Das Angebot an zahlreichen Teilzeitmodellen trägt der Vereinbarkeit von Beruf und Familie Rechnung.

Zahlen und Fakten		
	2013	2012
Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	31	32
Anteil Frauen	74%	75%
Anteil Männer	26%	25%
Anteil Vollzeit im Innendienst	73%	69%
Anteil Akademiker	7%	6%
Alter (Durchschnitt in Jahren)	49,7	49,5
Betriebszugehörigkeit* (Durchschnitt in Jahren)	16,6	16,6

Die Dauer der Betriebszugehörigkeit und die geringe Fluktuationsquote von 3,14% zeigen, dass sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im hohen Maße mit dem Verein identifizieren und ihn als attraktiven Arbeitgeber mit guten sozialen Leistungen wahrnehmen.

Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

An dieser Stelle dankt der Vorstand ausdrücklich allen Beschäftigten für ihren Einsatz im vergangenen Jahr.

Lagebericht

Nachtragsbericht

Über Ereignisse von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, ist nicht zu berichten.

Risikomanagement

Ziele des Risikomanagements

Die FAMK ist im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit regelmäßig einer Vielzahl von Risiken ausgesetzt. Es ist das Ziel des Vorstandes, diese Risiken durch eine aktive Risikosteuerung beherrschbar zu machen, um die nachhaltig positive Entwicklung der FAMK sicherzustellen.

Die FAMK und die INTER Krankenversicherung aG (INTER Kranken) bilden einen faktischen Gleichordnungskonzern im Sinne des § 18 Abs. 2 AktG. Im Interesse der Verwaltungsvereinfachung bilden die Vereine eine Organisationsgemeinschaft, um zahlreiche Aufgaben gemeinschaftlich wahrzunehmen. Hierunter fallen auch die Aktivitäten zur Identifikation, Bewertung und dauerhaften Steuerung von Risiken. Vor diesem Hintergrund ist das Risikomanagement der FAMK stark mit dem für die INTER Versicherungsgruppe installierten und bewährten Risikomanagement vernetzt.

Hierbei erfüllt die FAMK die von der BaFin veröffentlichten aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk VA). Durch das im Jahr 2013 verabschiedete „Gesetz zur Abschirmung von Risiken und zur Planung der Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Finanzgruppen (Trennbankengesetz)“ wurde u.a. der § 64a VAG neu gefasst. Anforderungen der MaRisk (VA) hinsichtlich der Entwicklung einer zur Geschäftsstrategie konsistenten Risikostrategie, der Festlegung von aufbau- und ablauforganisatorischen Regelungen sowie der Einrichtung eines geeigneten internen Steuerungs- und Kontrollsystems wurden ab 01.01.2014 verpflichtend.

Im Vorgriff auf das zum 01.01.2016 angekündigte EU-weit harmonisierte Aufsichtsrecht - Solvency II - verknüpft die FAMK seit Ende 2007 direkt das Risiko- und das Unternehmenscontrolling. Sie setzt Modelle ein, die für jede Geschäftsart eine fundierte Zuweisung von Risiko-/Eigenkapital ermöglichen, um mit hoher Sicherheit ihre vertraglichen Verpflichtungen - auch im Krisenfall - erbringen zu können.

Lagebericht

Organisatorischer Aufbau des Risikomanagements

Die hausweite Koordination aller Risikosteuerungsaktivitäten ist Aufgabe des Bereichs Unternehmensplanung / Risikomanagement, der damit auch die unabhängige Risikocontrollingfunktion (URCF) übernimmt. Die URCF initiiert und koordiniert die regelmäßige Pflege und Aktualisierung der Risikokataloge, stellt die fachliche Diskussion zu allen aktuellen Risikothemen sicher, bietet gruppenweit Weiterbildungsmaßnahmen zum Thema Risikomanagement an und unterstützt damit aktiv die Entwicklung der Risikokultur. Außerdem ermittelt die URCF in Zusammenarbeit mit den Fachbereichen regelmäßig die Gesamtrisikosituation der FAMK.

Der Vorstand berief sieben Fachbereiche mit Aufgabenschwerpunkten in der Risikosteuerung der INTER Versicherungsgruppe und der FAMK in ein zentrales Risikokomitee. Im Risikokomitee erfolgt die regelmäßige Bewertung und Beratung der Risikosituation der FAMK. Es werden konkrete Maßnahmenempfehlungen erarbeitet und zur Entscheidung an den Vorstand weitergeleitet. Nach den Vorstandsentscheidungen stellt das Risikokomitee das Umsetzungscontrolling der Maßnahmen sicher. Die laufende Berichterstattung zur Risikosituation der FAMK erfolgt an den Vorstand, der den Aufsichtsrat sowie die Aufsichtsbehörde unterrichtet und auch die Führungskräfte der ersten Ebene informiert.

Neben diesen zentralen Risikosteuerungsfunktionen wurden in allen Fachbereichen der Direktion dezentrale Risikobeauftragte ernannt. Durch sie findet das spezifische Fachwissen der operativ tätigen Bereiche Eingang in die Identifizierung, die Bewertung und die Steuerung der Einzelrisiken. Zusätzlich zu den regelmäßigen Meldungen haben die dezentralen Risikobeauftragten bei Vorliegen bedenklicher Fehlentwicklungen in den Fachbereichen die Möglichkeit einer außerordentlichen Berichterstattung an die URCF und den Vorstand.

Die Interne Revision ist aufgrund ihrer allgemeinen Aufgabenstellung und ihrer neutralen Position zuständig für die unternehmensinterne Überwachung der Funktionsfähigkeit des Risikomanagementsystems. Sie prüft das Risikomanagement und leistet Beiträge zur Verbesserung der bestehenden Risiko- und Kontrollsysteme.

Risikostrategie

Aus den vom Vorstand festgelegten geschäftspolitischen Zielen wird die Risikostrategie abgeleitet, die sich an der vorhandenen Kapital- und Liquiditätsausstattung sowie der akzeptierten Ertragsvolatilität der FAMK orientiert. Mit Blick auf die jederzeitige Erfüllung interner und externer Ansprüche wurden vom Vorstand mehrere Zielgrößen festgelegt, die zur risikoorientierten Steuerung des Vereins im jeweiligen Berichtszeitraum und zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit der FAMK eingesetzt werden. Die Einhaltung der Zielgrößen wird laufend überwacht und in den halbjährlich erstellten Risikoberichten dokumentiert.

Lagebericht

Prozessschritte im Risikomanagement

Risikoidentifikation

Bei der FAMK werden alle Risiken im Rahmen einer vierteljährlichen Risikoinventur identifiziert. Die Identifikation der Risiken erfolgt durch die derzeit vier dezentralen Risikobeauftragten in Frankfurt zusammen mit 16 Risikobeauftragten in Mannheim. Die Risiken werden für alle relevanten Managementprozesse nach Risikoarten sortiert und über eine Risikomanagement-Software nach einheitlichen Kriterien abgebildet. Dabei berücksichtigt der Verein alle in den MaRisk (VA) genannten Risikokategorien.

Risikobewertung

Alle identifizierten Risiken werden von den dezentralen Risikobeauftragten anhand unterschiedlicher Instrumente, wie Markt-, Wettbewerbs- und Umfeldanalysen, quantitativ bewertet. Risiken, die sich nicht auf Basis von langjährigen Zahlenreihen und statistischen Entwicklungen messen lassen, insbesondere operationelle Risiken, werden mittels Expertenschätzung beurteilt. Zur Erfassung des jeweiligen Gefahrenpotenzials wird jedes Einzelrisiko in eine Matrix aus Eintrittswahrscheinlichkeit und Auswirkungshöhe eingruppiert. Das Produkt aus den beiden vorgenannten Einzelbewertungen ergibt den Erwartungswert des Risikos. Für die Klassifizierung der Risiken legt die FAMK aus Gründen der Relevanz "Wesentlichkeitsschwellen" fest. Sie sollen Risiken herausfiltern, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nachhaltig schädigen können und deshalb erhöhter Managementaufmerksamkeit bedürfen. Bis Ende des Geschäftsjahres 2013 wurde in der Risikomanagement-Software als Zeithorizont eine Einjahresbetrachtung gewählt. Ab dem Jahr 2014 erfolgt eine Mehrjahresbetrachtung.

Risikosteuerung und -überwachung

Ebenso wichtig wie die Erkennung und Bewertung von Risiken sind klare Richtlinien und Vorgaben für geeignete Gegenmaßnahmen. Die Risikosteuerung und die laufende Risikoüberwachung erfolgen bei der FAMK sowohl an zentralen als auch an dezentralen Stellen. Den Vorgaben der URCF entsprechend sind die dezentralen Risikobeauftragten für die Analyse und die Steuerung der Risiken in den operativen Geschäftsbereichen zuständig. Als Instrument zur Abbildung und zur Umsetzungs-Überwachung von verabschiedeten Maßnahmen nutzen die dezentralen Risikobeauftragten die Risikomanagement-Software, die auch das Hinterlegen entsprechender Risikokennzahlen und Limite vorsieht.

Risikokapitalbedarf

Die FAMK ermittelt den Risikokapitalbedarf sowohl nach geltendem Recht (Solvency I) als auch nach zukünftigem Recht (Solvency II), analysiert die Ergebnisse, bewertet die sich hieraus ergebenden Implikationen und nutzt diese zur aktiven Risikosteuerung in der operativen und strategischen Geschäftsführung. Zur Ermittlung des Risikokapitalbedarfs setzt die FAMK ein eigenes quantitatives Berechnungsmodell ein, das FAMK Mehrwert-Modell. Als ganzheitliche Basis sowohl für den Planungsprozess als auch für den Risikomanagementprozess in der FAMK verknüpft das FAMK Mehrwert-Modell die regelmäßig im Hause erstellten unterjährigen Erwar-

Lagebericht

tungs- und Planungsrechnungen mit den Solvency II-Stressparametern und -Korrelationen gemäß dem Standardansatz der europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA), um die Auswirkungen der tatsächlichen und der geplanten Geschäftsaktivitäten auf die Risiko- und Finanzierungssituation festzustellen. Das FAMK Mehrwert-Modell wird im ersten Halbjahr 2014 methodisch angepasst und auf den aktuellen Stand des EIOPA-Standardmodells angehoben.

Risikoberichterstattung

Die Risikoberichterstattung obliegt der URCF. Sie schafft intern Transparenz für das Management hinsichtlich der aktuellen Risikolage.

Die Risikoberichterstattung an den Vorstand und danach an den Aufsichtsrat, die BaFin sowie die Führungskräfte der ersten Ebene erfolgt halbjährlich. Bei signifikanten Veränderungen der Risikosituation sowie bei besonderen Schadenfällen ist eine sofortige Meldung an den Vorstand sichergestellt. Hierdurch ist gewährleistet, dass gegebenenfalls negative Trends frühzeitig erkannt und schnell Gegenmaßnahmen in die Wege geleitet werden.

Versicherungstechnische Risiken

Bei der Bewältigung der versicherungstechnischen Risiken sind die Beitragskalkulation und die Risikovorsorge von zentraler Bedeutung. Dabei werden die Beiträge mit vorsichtigen Rechnungsgrundlagen und den erforderlichen Sicherheiten kalkuliert, um die dauerhafte Erfüllbarkeit aller vertraglichen Verpflichtungen während der gesamten Versicherungsdauer sicherzustellen. Darüber hinaus werden neue Tarife der FAMK durch den Treuhänder geprüft und erst nach dessen Unbedenklichkeitserklärung eingeführt, um das Risiko einer gesetzlichen Haftung gemäß § 12b Abs. 2 VAG zu mindern.

Krankenkostenrisiko

Die FAMK geht auch für die Zukunft von einer weiteren Verbesserung der medizinischen Behandlungsmöglichkeiten und entsprechend steigenden Kosten aus. Das Verhältnis der erforderlichen zu den kalkulierten Versicherungsleistungen wird jährlich überprüft. Die für die Kalkulation herangezogenen Rechnungsgrundlagen werden sowohl von der Verantwortlichen Aktuarin als auch vom unabhängigen Treuhänder in den Fällen, in denen dieser die Grundlagen überprüft, als angemessen bzw. vorsichtig angesehen.

Sterblichkeitsrisiko

Die Sterblichkeitsentwicklung in der privaten Krankenversicherung wird vom PKV-Verband fortlaufend systematisch überwacht. Veränderungen bei der Sterblichkeit führen zeitnah zu einer neuen PKV-Sterbetafel, die von der Aufsichtsbehörde veröffentlicht wird. Die FAMK verwendet bei jeder Neu- und Nachkalkulation (Beitragsanpassung) die jeweils aktuellste Fassung der PKV-Sterbetafel. Zudem wird jährlich die Angemessenheit der verwendeten Sterbetafel überprüft und diese bei Bedarf aktualisiert.

Lagebericht

Stornorisiko

Die von der FAMK im Rahmen der Kalkulation verwendeten Stornotafeln werden regelmäßig überwacht und, falls notwendig, dem veränderten Stornoverhalten angepasst. Für Verträge in der Krankheitskostenvollversicherung, die ab dem 01.01.2009 abgeschlossen wurden, gilt, dass beim Wechsel eines Versicherten zu einem anderen Krankenversicherungsunternehmen der Teil der Alterungsrückstellung, der dem Leistungsumfang des sog. "Basistarifs" entspricht, an das andere Unternehmen übertragen wird ("Übertragungswert"). Durch die Mitgabe des Übertragungswertes wird nur noch ein geringer Teil der kalkulatorischen Alterungsrückstellung an das verbleibende Kollektiv vererbt. Die FAMK verwendet zur Finanzierung des Übertragungswertes ein Berechnungsverfahren, in dem unter Berücksichtigung der veränderten Vererbung die kalkulatorischen Stornowahrscheinlichkeiten entsprechend abgesenkt werden. Für Tarife, die nicht von der Mitgabe des Übertragungswertes betroffen sind, wurde die Angemessenheit der verwendeten Stornotafeln überprüft. Insgesamt enthalten alle verwendeten Stornotafeln nach gemeinsamer Einschätzung der Verantwortlichen Aktuarin und des unabhängigen Treuhänders angemessene Sicherheiten.

Rechnungszinsrisiko

Die dauerhafte Erfüllbarkeit des aktuell verwendeten Rechnungszinses wird im Rahmen der Überwachung der Kapitalanlagerisiken sichergestellt. Die Verantwortliche Aktuarin hat bestätigt, dass der verwendete Rechnungszins ausreichend sicher ist.

Kostenrisiko

Die Entwicklung der Kosten wird quartalsweise überprüft. Veränderungen werden sukzessive im Rahmen von Beitragsanpassungen in der Beitragskalkulation berücksichtigt. Die rechnungsmäßigen Kostenansätze werden gegenwärtig als ausreichend angesehen.

Risiko Geschlechterzusammensetzung bei geschlechtsunabhängig kalkulierten Tarifen

Bei den geschlechtsunabhängig kalkulierten Tarifen (Unisex-Tarife) werden für Männer und Frauen einheitliche Beiträge erhoben. Dadurch kann es zu einer Abweichung der tatsächlichen von der kalkulatorisch angesetzten Geschlechterzusammensetzung kommen. Bei der Ermittlung der Geschlechterzusammensetzung sind auch Tarifwechsel von den geschlechtsabhängig kalkulierten Tarifen (Bisex-Tarife) in die neuen Unisex-Tarife angemessen zu berücksichtigen, die zu Änderungen des jeweiligen Geschlechteranteils führen können. Die FAMK simuliert mögliche Tarifwechselbewegungen und legt auf dieser Grundlage die kalkulatorische Geschlechterzusammensetzung mit angemessenen Sicherheiten fest.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft in Höhe von € 12,5 Mio. bestehen an Versicherungsnehmer und Abrechnungsstellen (Beihilfeforderungen). Zur Risikovorsorge wurden diese Forderungen mit 4,5% wertberichtigt.

Lagebericht

Risiken aus Kapitalanlagen

Bei der FAMK, die für ihre Mitglieder die langfristige Absicherung von individuell nicht finanzierbaren Risiken übernimmt, ist Sicherheit das Kernelement der Risikostrategie. Dies stellt hohe Ansprüche an die Finanzkraft der FAMK und damit insbesondere an das Management der Kapitalanlagen.

Die interne Kapitalanlagerichtlinie gibt den Rahmen des Kapitalanlagemanagements vor. Sie beschreibt den Investmentprozess, die risikobegrenzenden Limite, die über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen hinaus gehen, und die Organisationsstruktur. Die grundsätzliche Ausrichtung der Kapitalanlagen ist entsprechend der Unternehmensleitlinie auf Sicherheit abgestellt. Unter dieser Vorgabe zielt sie auf eine möglichst hohe Rentabilität ab, die bei jederzeit ausreichender Liquidität und angemessener Diversifikation erreicht werden soll.

Die Entwicklung der Kapitalanlagen wird kontinuierlich von mehreren Bereichen überwacht:

- Das Risikokomitee prüft die Auswirkungen von Kapitalanlageentscheidungen auf die Risikolage des Vereins.
- Die Unternehmensplanung hat die Erreichbarkeit der Unternehmensziele unter Berücksichtigung der Kapitalanlageergebnisse im Fokus.
- Das Kapitalanlagecontrolling überwacht die Umsetzung der strategischen Vorgaben für Kapitalanlagen und achtet auf die Einhaltung der risikobegrenzenden internen Anlagelimiten. Zusätzlich wird die Entwicklung des Portfolios laufend analysiert und darüber berichtet.
- Der Kapitalanlage-Ausschuss berät über die Ertrags- und Risikosituation des Vereins und trifft allgemeingültige Anlageentscheidungen. Dabei wird die Wechselwirkung zwischen Kapitalanlage und Versicherungstechnik berücksichtigt, um die optimale Ausrichtung der Kapitalanlagestruktur zu gewährleisten.

Die konsequente Umsetzung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Vorschriften wird durch ein qualifiziertes Kapitalanlagemanagement, eine perspektivische Kapitalanlagepolitik und organisatorische Maßnahmen wie die klare Trennung von Portfoliomanagement, Abwicklung und Risikocontrolling sichergestellt. Derivative Finanzinstrumente und strukturierte Produkte werden strikt nach den dafür geltenden besonderen Bestimmungen behandelt und stehen unter ständiger Beobachtung. Sie werden zur Absicherung von Marktpreisrisiken und in Einzelfällen zur Ertragsvermehrung eingesetzt.

Investmentprozess

Der Investmentprozess ist ganzheitlich mit der Unternehmenssteuerung verknüpft. Die Kapitalanlageplanung ist in die Unternehmensplanung integriert, das Kapitalanlagecontrolling ist in die laufenden Risikomanagementverfahren eingebunden und mittels Asset-Liability-Auswertungen wird die zukünftige Unternehmensentwicklung überwacht.

Der Investmentprozess beginnt mit einer klaren Zielsetzung, die sich je nach Risikosituation des Vereins und je nach Einschätzung der Kapitalmärkte in einem Zielportfolio widerspiegelt. Im Rahmen der Kapitalanlageplanung wird die Anlagestrategie für die kommenden Jahre erarbeitet, die zur angestrebten Struktur des Kapitalanlagebestandes führt und die gewünschten Ergebnisse erreichen kann. Die Umsetzung der Anlagestrategie in konkrete Transaktionen wird im

Lagebericht

Kapitalanlage-Ausschuss unter Teilnahme des Vorstandes, der verantwortlichen Aktuarin, Vertretern des Kapitalanlagecontrollings, des Risikokomitees und des Asset-Managements entschieden. Die beschlossenen Transaktionen werden vorschriftgemäß durchgeführt und strikt überwacht. Das empfängerorientierte Kapitalanlagereporting berichtet zeitnah über die Entwicklung der einzelnen Risikopotenziale und stellt mittels Szenariorechnungen die zukünftigen Kapitalanlageergebnisse dar.

Grundlagen dieses Prozesses sind eine klare Organisationsstruktur und die systemtechnische Ausstattung, die speziell auf die Verwaltung von Kapitalanlagen bei Versicherungsunternehmen ausgerichtet ist. Aufgrund der einheitlichen Datenbasis und einer zentralen Software für den Kapitalanlagebereich sind flexible Ad-hoc-Auswertungen jederzeit möglich.

Das FAMK Mehrwert-Modell führt das Risiko- und das Unternehmenscontrolling auf einer einheitlichen Datenbasis zusammen. Es wird unter anderem direkt von der Kapitalanlage-Software befüllt.

Marktpreisrisiko

Das Marktpreisrisiko stellt die größte Risikoposition im Bereich der Kapitalanlagerisiken dar. Es ergibt sich aus möglichen negativen Zins- und Aktienkursänderungen sowie der Entwicklung weiterer preisbeeinflussender Faktoren, die sich auf den Zeitwert von Immobilien und Beteiligungen auswirken. Das Wechselkursrisiko kann vernachlässigt werden, da die Kapitalanlagen zu 100% in Euro investiert sind.

Der größte Teil der Kapitalanlagen der FAMK entfällt mit 92,6% auf direkt gehaltene Ausleihungen und Inhaberschuldverschreibungen. Daher kommt der Entwicklung des Zinsniveaus eine erhebliche Bedeutung zu. Die folgenden Ergebnisse der Szenarien gemäß DRS 20 bestätigen dies:

Ergebnis Stresstest nach DRS 20		
	2013	2012
	T€	T€
Aktienkursveränderung	Marktwertveränderung aktienkurssensitiver Kapitalanlagen	
+ 20%	0	0
- 20%	0	0
Zinsänderung	Marktwertveränderung zinssensitiver Kapitalanlagen	
+ 100 Basispunkte	-19.735	-15.315
- 100 Basispunkte	23.470	15.469

Lagebericht

Wertverluste bei Zinsanlagen sind als vorübergehend zu betrachten, solange aufgrund der Bonität bei Endfälligkeit von einer Rückzahlung zum Nennwert auszugehen ist. Dies ist bei Zinsanlagen mit einem Rating von mindestens BBB der Fall.

Bei den von der BaFin jährlich angeforderten Stresstests werden die Mindestanforderungen übertroffen, obwohl weder Wertsicherungskonzepte noch gegensteuernde Maßnahmen in den Berechnungen berücksichtigt werden.

Um die vorhandenen Risiken zu identifizieren und zu quantifizieren, werden regelmäßig Stresstests und Sensitivitätsanalysen durchgeführt. Auf Unternehmensebene wird im FAMK Mehrwertmodell die ökonomische Risikobetrachtung u.a. für die Kapitalanlagen durchgeführt. Die Berechnungsmethodik orientiert sich dabei an den Auswirkungsstudien zu Solvency II.

Bei einer Änderung des Kapitalmarktzinses entwickeln sich die Zeitwerte von zinsensitiven Aktiva und zinsforderndem Fremdkapital gegenläufig. Deshalb wird die Asset-Liability-Betrachtung verstärkt in den Fokus der Kapitalanlageentscheidungen gestellt.

Zum Bilanzstichtag bestanden Vorkäufe auf Ausleihungen mit einem Erfüllungsbetrag von T€ 10.382. Damit hat sich die FAMK das zum Zeitpunkt des Abschlusses herrschende Zinsniveau für die Dauer des Vorkaufs gesichert und dadurch zusätzliche Bewertungsreserven in Höhe von T€ 576 erwirtschaftet. Aufgrund der Ausgestaltung der Vorkäufe wird das Risiko von Zinsänderungen als nicht wesentlich eingestuft. Zum Bilanzstichtag ergaben sich keine bilanziellen Konsequenzen. Allerdings besteht das Risiko eines jeden unbedingten Termingeschäfts, dass ein Abschluss zum späteren Zeitpunkt vorteilhafter gewesen wäre als der Kauf per Termin. Vorkäufe werden durch die FAMK nur im Rahmen der aufsichtrechtlich zulässigen Grenzen getätigt.

Bonitätsrisiko

Ausfall- und Spreadrisiken bestehen zum einen in der Gefahr, dass ein Schuldner seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommt und zum anderen in der Gefahr einer schlechteren Bonitätseinstufung des Emittenten, was einen höheren Risikoabschlag bei der Bewertung zur Folge hat. Die Einschätzung der Kreditwürdigkeit eines Emittenten erfolgt mittels eines Ratings einer anerkannten externen Agentur. Ausgehend von dieser Beurteilung wird in einem stringenten internen Rating-Modell für jede Einzelanlage in Abhängigkeit ihres Ranges und ihrer Besicherung eine Ratingnote ermittelt. Die Aktualisierung der Ratings erfolgt kontinuierlich. Wegen der sicherheitsorientierten Anlagepolitik handelt es sich bei einem großen Teil der Zinsanlagen um Pfandbriefe bzw. durch Einlagensicherungseinrichtungen gedeckte Emissionen. Grundsätzlich wird durch die Festlegung von Mindestratings und strengen Limiten pro Anlageart, Emittent und Kontrahent eine Konzentration gleichartiger Risikofaktoren vermieden.

Lagebericht

Zinsanlagen nach Ratingklassen*		
	2013	2012
	%	%
Anteil an den gesamten Zinsanlagen		
AAA	39,5	35,5
AA	31,7	25,1
A	25,4	21,1
BBB	2,2	16,7
BB	1,1	0,8
B oder schlechter	0,0	0,8
Durchschnittsrating (nach Moody's WARF)	AA+	A
Durchschnittsrating (nach Solvency II)	AA	AA-

Zinsanlagen nach Anlageart*		
	2013	2012
	%	%
Anteil an den gesamten Zinsanlagen		
Staatsanleihen/staatsgarantierte Anleihen	32,1	14,3
Pfandbriefe	59,6	68,2
Bankanleihen/-darlehen	7,4	12,5
Unternehmensanleihen/-darlehen	0,0	2,8
Nachrangsanleihen/-darlehen	0,9	2,1

* enthält direktes und indirektes Exposure in Anleihen, Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen

Lagebericht

Konzentrationsrisiko

Das Konzentrationsrisiko beschreibt die Gefahr von höheren Verlusten durch Zahlungsausfälle aufgrund besonders hoher Anlagevolumina bei einem Geschäftspartner. Zur Steuerung dieses Risikos wurden Obergrenzen für besicherte und unbesicherte Anlagen festgelegt, die deutlich enger gefasst sind als die aufsichtsrechtlichen Limite.

Darüber hinaus wird die Anlage pro Land in Abhängigkeit von der aktuellen Bonität und von der volkswirtschaftlichen Situation begrenzt. Die nachfolgende Tabelle zeigt, dass die FAMK überwiegend auf dem Heimatmarkt Deutschland und in den wirtschaftlich wichtigsten Ländern des EWR investiert.

Kapitalanlagen nach Land						
	Anteil Buchwert an den Kapital- anlagen in %	Buchwert in T€	Zinsanlagen			Sonstige
			Staatsrisiko in T€	Pfandbriefe in T€	Unbesichert in T€	in T€
Anteil Anlageklassen an Buchwert		100,0%	29,7%	55,2%	7,7%	7,4%
Deutschland	37,0%	91.526	19.000	44.423	10.500	17.603
Spanien	6,8%	16.262	0	16.262	0	0
Frankreich	15,2%	36.286	9.546	25.744	996	0
Großbritannien	10,8%	25.760	1.977	23.783	0	0
Österreich	6,0%	14.310	5.000	2.310	7.000	0
Luxemburg	3,4%	5.041	5.041	0	0	0
Italien	5,6%	13.473	0	13.473	0	0
Belgien	3,9%	9.398	9.398	0	0	0
Irland	1,1%	2.511	0	2.511	0	0
Niederlande	10,3%	24.587	21.100	3.487	0	0
Gesamtergebnis	100,0%	239.154	71.062	131.993	18.496	17.603

Unter besonderer Beobachtung stehen Anleihen von hochverschuldeten Staaten des Euro-raums. Aufgrund der Einrichtung des europäischen Rettungsschirms wurden auf Anleihen be-troffener Staaten im Anlagevermögen keine Wertberechtigungen vorgenommen.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko beschreibt die Gefahr von Veräußerungsverlusten, die durch Veräußerun-gen bei unerwarteten Geschäftsentwicklungen vorgenommen werden müssen. Die jederzeitige Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen wird durch eine aktive Laufzeiten-Steuerung der Zinsan-lagen und durch die zentrale Überwachung sämtlicher Zahlungsströme des Unternehmens in der Liquiditätsplanung sichergestellt. Die Gewährleistung unerwarteter Zahlungsverpflichtungen wird durch die Einteilung der Kapitalanlagen in Fungibilitätsklassen und der daraus resultieren-den Liquiditätsquoten überwacht.

Lagebericht

Operationelle Risiken

Operationellen Risiken begegnet die FAMK durch eine Vielzahl von Maßnahmen, zum Beispiel mit Limitsystemen im Kapitalanlagenbereich und für Leistungserstattungen, Zugriffsberechtigungen sowie umfassenden internen Kontrollen. Die wesentlichen Geschäftsprozesse und die Sicherheit der internen Kontrollsysteme werden regelmäßig durch die Interne Revision überprüft und bewertet.

Die dezentralen Risikobeauftragten erfassen in der Risikomanagement-Software seit Ende des Geschäftsjahres auch Compliance-Risiken. Das Compliance-Management-System der FAMK wurde im Geschäftsjahr eingerichtet um zu gewährleisten, dass die geschäftlichen Aktivitäten und das Verhalten der unternehmensangehörigen Personen im Einklang mit den Geboten und Verboten durch Gesetze, Rechtsprechung, aufsichtsbehördliche Anordnungen sowie Arbeitsanweisungen und Verhaltensregeln der FAMK stehen, und um mögliche Schäden aufgrund von Regelverstößen zu verhindern. Da der Erfolg und die Wirksamkeit von Compliance maßgeblich von der Transparenz und Akzeptanz des Compliance-Management-Systems abhängen, erhielten alle Mitarbeiter einen Compliance-Leitfaden, der insbesondere über die festgelegten Rollen und Verantwortlichkeiten im Unternehmen informiert. Ergänzend wurden ausführliche Informationen zum Thema Compliance im Intranet zur Verfügung gestellt. In mehreren Veranstaltungen wurde das Compliance-Management-System allen Führungskräften und den dezentralen Risikobeauftragten vorgestellt. Für den Compliance-Beauftragten wurde ein Zugriff auf die in der Risikomanagement-Software erfassten Compliance-Risiken eingerichtet.

Die Funktionsfähigkeit der IT-Systeme auch nach einem Krisenfall ist für die FAMK ein wesentliches operationelles Risiko. Für erkannte Einzelrisiken, z.B. das Risiko durch Datenverluste oder externe Angriffe auf die DV-Landschaft, wurden entsprechende Maßnahmen geschaffen, wie Back-up-Systeme für Rechner und Datenbestände, Firewalls, Notfallplanungen, Zugangskontrollen und Berechtigungssysteme, die entweder den Eintritt des schädigenden Ereignisses verhindern oder die Folgen daraus beherrschbar machen.

Um die Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit von personenbezogenen Daten und sensiblen Unternehmensinformationen zu gewährleisten, ist ein IT-Sicherheitsbeauftragter bestellt. Als Ansprechpartner in den operativen Fachbereichen unterstützen die dezentralen Risikobeauftragten den IT-Sicherheitsbeauftragten bei der Umsetzung der IT-Sicherheitsmaßnahmen.

Dem Risiko personeller Engpässe wirkt die FAMK durch eine angemessene Personalausstattung mit Hilfe von systematischen Personal- und Kapazitätsplanungen zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit in den einzelnen Organisationseinheiten entgegen. Mit einer kontinuierlichen Personalentwicklung sowie der seit Jahren praktizierten flexiblen Arbeitszeitgestaltung und dem Angebot von zahlreichen Teilzeitmodellen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie vermindert die FAMK Risiken aufgrund der demographischen Entwicklung.

Lagebericht

Reputationsrisiko

Die FAMK begrenzt das Risiko der Ruf- und Imageschädigung des Vereins in der Öffentlichkeit, bei Mitgliedern und Geschäftspartnern durch eine kontinuierliche Optimierung der Geschäftsprozesse und der Qualifikation der Mitarbeiter, um Mitgliedern und Vertriebspartnern jederzeit optimalen Service anbieten zu können. Im Beschwerdemanagement wurden umfangreiche Maßnahmen umgesetzt, um noch stärker als bisher auf die Mitgliederanliegen eingehen zu können.

Strategisches Risiko

Strategische Risiken entstehen dann, wenn die Geschäftsentscheidungen nicht mit den bestehenden und den künftigen Anforderungen der Mitglieder, den Entwicklungen des Marktumfeldes oder den sonstigen wirtschaftlichen und aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen übereinstimmen. Zur Verminderung dieser Risiken findet mindestens einmal im Jahr eine Überprüfung der Geschäftsstrategie und der geschäftspolitischen Grundsätze statt. Außerdem wird ebenfalls mindestens jährlich die Vereinbarkeit der Risikostrategie mit der Geschäftsstrategie überprüft und diese bei Bedarf angepasst.

Risikotragfähigkeit und Bedeckung

Die aufsichtsrechtliche Risikotragfähigkeit wird bei der FAMK unter Beachtung der aktuellen Gesetzgebung (Solvency I) berechnet. Sie beschreibt den Grad der Bedeckung der Solvabilitätsspanne durch Eigenmittel A. Am Bilanzstichtag bestand eine deutliche Bedeckung der Solvabilitätsspanne von 353%.

Die versicherungstechnischen Passiva sind im ausreichenden Umfang durch qualifizierte Kapitalanlagen bedeckt.

Lagebericht

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Das Risikomanagement-System der FAMK beinhaltet neben der regelmäßigen Ermittlung und Steuerung der quantitativen Risikosituation nach geltendem Aufsichtsrecht (Solvency I) und nach den zukünftig anzuwendenden europäischen Aufsichtsnormen (Solvency II) auch die laufende Berichterstattung über die durchgeführten Aktivitäten und Vorsorgemaßnahmen zur Risikobeherrschung. Es ist sichergestellt, dass auch neue Risiken identifiziert, bewertet und in den bestehenden Steuerungskreislauf integriert werden. Plötzlich auftretende Risiken werden über das installierte "Ad-hoc-Berichtsverfahren" an den Vorstand gemeldet. Die Instrumente zur Risikosteuerung werden kontinuierlich verfeinert. Der Vorstand der FAMK hat zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um die maßgeblichen Risiken zu steuern und einer negativen Entwicklung des Vereins entgegenzuwirken.

Der Bestand der FAMK und die Interessen ihrer Mitglieder waren zu keinem Zeitpunkt im Geschäftsjahr gefährdet.

Prognose- und Chancenbericht

Gesamtwirtschaftliches Umfeld

Die Projektionen für das Jahr 2014 im Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung unterstreichen den Aufwärtstrend in der deutschen Wirtschaft, welcher insbesondere zurückzuführen ist auf die robuste Lage auf dem Arbeitsmarkt, spürbare Lohnsteigerungen sowie eine moderate Preisentwicklung. Nach einer Steigerung des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2013 um 0,4% wird für das Jahr 2014 eine deutlich höhere Zunahme von 1,7% prognostiziert. Das Wirtschaftswachstum in Deutschland liegt damit voraussichtlich abermals weit über dem Durchschnitt des Euroraums. Die Sparquote bleibt stabil und beträgt auch im Jahr 2014 10,0%. Für das Jahr 2014 wird mit einem Anstieg der nominalen privaten Konsumausgaben von 2,9% gerechnet. Die verfügbaren Einkommen sollen im Jahr 2014 um 2,9% steigen.

Die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hielt auch im Jahr 2013 an. Mit 42,1 Mio. Beschäftigten waren in Deutschland im Geschäftsjahr so viele Menschen erwerbstätig wie noch nie zuvor. Die günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt soll sich im Jahr 2014 fortsetzen.

Rechtliche Rahmenbedingungen

Solvency II

Der Anwendungsbeginn für das EU-weit harmonisierte Versicherungsaufsichtsrecht (Solvency II) wurde von den europäischen Trilog-Parteien (Europäisches Parlament, Europäischer Rat und Europäische Kommission) auf den 01.01.2016 festgesetzt.

Die europaweite Vorbereitungsphase auf Solvency II hat am 01.01.2014 begonnen. Bereits in der Vorbereitungsphase sind von den Versicherungsunternehmen Solvency II-Elemente umzusetzen. Basis für die Vorbereitung auf Solvency II sind entsprechende Leitlinien der europäischen Aufsichtsbehörde (EIOPA). Die BaFin hat zum einen die Unternehmen aufgefordert, sich mit allen Vorbereitungsleitlinien intensiv zu befassen und die nötigen Schritte zu ihrer Beachtung und Implementierung einzuleiten, und zum anderen für die Anwendung der EIOPA-Leitlinien ein strukturiertes und dialogorientiertes Vorgehen entwickelt und hierzu Ende 2013 entsprechende Details veröffentlicht. Die EIOPA-Leitlinien wurden in 15 Themenblöcke zu den vier Themenbereichen der Leitlinien gruppiert:

- Anforderungen an die Geschäftsorganisation und das Risikomanagement;
- Vorausschauende Prüfung der unternehmenseigenen Risiken;
- Vorantragsphase für interne Modelle;
- Berichtswesen.

Die Themenblöcke sind inhaltlich auf die drei Halbjahre bis Mitte 2015 verteilt. Zu elf der 15 Themenblöcke führt die BaFin Konsultationsphasen mit den deutschen Versicherungsunternehmen sowie jeweils eine Sachstandsabfrage bei allen Unternehmen durch. Die Teilnahme an den Abfragen zum Umsetzungsstand ist verbindlich.

Lagebericht

Die FAMK verfolgt in enger Zusammenarbeit mit der INTER Versicherungsgruppe konsequent ihren Projektplan zur fristgerechten Umsetzung der Solvency II-Anforderungen und hat bereits teilweise die zukünftig geltenden Anforderungen umgesetzt.

Branchentrends

Die Prognosen für die Entwicklung der Privaten Krankenversicherung im Jahr 2014 sind durchweg positiv: Die Branche rechnet mit einer moderaten Beitragszunahme von 1,0% mit einer weiterhin dynamischen Entwicklung bei den Zusatzversicherungen, mit einer Bestandssteigerung insbesondere im Bereich der staatlich geförderten ergänzenden Pflegeversicherung und mit einem nur geringeren Anstieg der Leistungsausgaben. In der Vollversicherung sollte sich die nach der Regierungsbildung eingelehrte Sicherheit hinsichtlich gesundheitspolitischer Aspekte positiv bemerkbar machen.

Stützende Impulse sollten von der günstigen wirtschaftlichen Lage der privaten Haushalte ausgehen.

Geschäftstendenzen

Neugeschäftsentwicklung

Die FAMK erwartet im Jahr 2014 einen leicht steigenden Neuzugang.

Bestandsentwicklung

Die FAMK rechnet im Jahr 2014 mit einem leichten Bestandsrückgang.

Beitragseinnahmen

Für das Jahr 2014 geht die FAMK aufgrund der geringen Beitragsanpassungen für die Mitglieder und dem rückläufigen Bestand von leicht sinkenden Beitragseinnahmen aus.

Aufwendungen für Versicherungsfälle

Im Jahr 2014 erwartet die FAMK einen moderaten Anstieg der Leistungsausgaben.

Verwaltungsaufwendungen

Die FAMK rechnet im Jahr 2014 mit einer Verwaltungskostenquote von etwas über 3%.

Kapitalanlagen

Auch im Jahr 2014 stellt das Kapitalanlagemanagement eine große Herausforderung dar. Es erfordert weiterhin ein umsichtiges und überwiegend risikovermeidendes Handeln. Die FAMK wird ihre sicherheitsorientierte Kapitalanlagestrategie konsequent fortsetzen und dabei zur Aufrechterhaltung einer angemessenen und nachhaltigen laufenden Verzinsung des Kapitalanlagebestandes wiederum schwerpunktmäßig in langlaufende gedeckte Zinsträger mit sehr guter Bonität investieren.

Lagebericht

Trotz der auch für das Jahr 2014 erwarteten schwierigen Lage an den Kapitalmärkten erwartet die FAMK eine Nettoverzinsung von leicht unter 4%.

Personal

Die Anzahl der Mitarbeiter bei der FAMK in der Direktion in Frankfurt wird im Jahr 2014 auf dem Vorjahresniveau bleiben.

Ergebnis

Die FAMK erwartet im Jahr 2014 einen geringeren Rohüberschuss als im Jahr 2013 und durch entsprechende Zuführungen eine weitere Stärkung der Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung und des Eigenkapitals.

Die tatsächlichen Entwicklungen und Ergebnisse können von den vorgenannten Planungen abweichen.

Lagebericht

Zusammenfassung

Die FAMK ist mit eigens auf den beihilfeberechtigten Kundenkreis zugeschnittenen Produkten und Serviceleistungen gut auf mögliche Herausforderungen vorbereitet, die sich durch branchenweite Entwicklungen ergeben können. Weiterhin im Vordergrund stehen auch im Jahr 2014 der Vereinsgedanke und die Nähe zu den Mitgliedern und deren Kollegen.

Die guten Geschäftsergebnisse der letzten Jahre bestätigen eindrucksvoll den soliden Erfolgskurs der FAMK.

Frankfurt am Main, den 20.03.2014

Freie Arzt- und Medizinkasse
der Angehörigen der Berufsfeuerwehr und der Polizei VVaG
Der Vorstand

Kreibich

Schillinger

Lagebericht

Jahresabschluss

- Bilanz
- Gewinn- und Verlustrechnung
- Anhang

Bilanz

AKTIVSEITE

	T€	T€	T€	Vorjahr T€
A. Immaterielle Vermögensgegenstände				
I. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		16		4
B. Kapitalanlagen				
I. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		7.539		34.724
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		100.218		71.439
3. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	73.233			85.083
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	48.100			25.000
		121.333		110.083
4. Einlagen bei Kreditinstituten		10.064		1.669
			239.154	217.915
C. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherungsnehmer		75		55
II. Sonstige Forderungen		688		1
			763	56

Bilanz

AKTIVSEITE

	T€	T€	T€	Vorjahr T€
D. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte		164		24
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		368		142
III. Andere Vermögensgegenstände		13.538		16.102
			14.070	16.268
E. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		4.521		3.417
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		42		29
			4.563	3.446
Summe der Aktiva			258.567	237.689

Ich bescheinige hiermit entsprechend § 73 VAG, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsicht-behördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Mannheim, den 20.03.2014

Der Treuhänder
Eberwein

Bilanz

PASSIVSEITE

	T€	T€	T€	T€	Vorjahr T€
A. Eigenkapital					
I. Gewinnrücklagen					
1. Verlustrücklage gemäß § 37 VAG			3.900		3.600
2. Andere Gewinnrücklagen			6.100		5.500
				10.000	9.100
B. Versicherungstechnische Rückstellungen					
I. Deckungsrückstellung					
1. Bruttobetrag		217.514			202.739
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungs- geschäft		0			0
			217.514		202.739
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle					
1. Bruttobetrag		8.200			6.700
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungs- geschäft		0			0
			8.200		6.700
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung					
1. erfolgsabhängige					
a) Bruttobetrag	19.724				15.800
b) davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungs- geschäft	0				0
		19.724			15.800
2. erfolgsunabhängige					
a) Bruttobetrag	1.208				787
b) davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungs- geschäft	0				0
		1.208			787
			20.931		16.587
IV. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen					
1. Bruttobetrag		6			6
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungs- geschäft		0			0
			6		6
				246.651	226.032

Bilanz

PASSIVSEITE

	T€	T€	T€	T€	Vorjahr T€
C. Andere Rückstellungen					
I. Steuerrückstellungen			0		1.119
II. Sonstige Rückstellungen			389		392
				389	1.511
D. Andere Verbindlichkeiten					
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber					
1. Versicherungsnehmern			251		20
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft			12		52
III. Sonstige Verbindlichkeiten			1.074		963
davon:					
aus Steuern T€ 21 (Vj. T€ 0)					
				1.338	1.035
E. Rechnungsabgrenzungsposten				189	11
Summe der Passiva				258.567	237.689

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten B.I. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung von § 341f HGB sowie nach § 12 Abs. 3 Nr. 1 VAG berechnet worden ist.

Mannheim, den 20.03.2014

Die Verantwortliche Aktuarin
Fink, Dipl. Mathematikerin

Gewinn- und Verlustrechnung

	T€	T€	T€	Vorjahr T€
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge		47.162		46.905
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge		60		67
			47.102	46.838
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			309	1.408
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		9.039		8.838
b) Erträge aus Zuschreibungen		0		0
c) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		1.620		191
			10.659	9.029
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			1	13
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	31.259			32.929
bb) Anteil der Rückversicherer	0			0
		31.259		32.929
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	1.500			-2.050
bb) Anteil der Rückversicherer	0			0
		1.500		-2.050
			32.759	30.879
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung				
aa) Bruttobetrag	14.775			15.329
bb) Anteil der Rückversicherer	0			0
		14.775		15.329
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		0		0
			14.775	15.329
7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung für eigene Rechnung				
a) erfolgsabhängige		4.233		5.475
b) erfolgsunabhängige		420		285
			4.654	5.760

Gewinn- und Verlustrechnung

	T€	T€	T€	Vorjahr T€
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Abschlussaufwendungen	713			730
b) Verwaltungsaufwendungen	1.518			1.400
		2.231		2.130
c) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückde- ckung gegebenen Versicherungsgeschäft		0		0
			2.231	2.130
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zins- aufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		106		97
b) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		0		0
			106	97
10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			82	82
11. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			3.464	3.010
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		35		58
2. Sonstige Aufwendungen		2.149		1.134
			-2.114	-1.077
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			1.350	1.933
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			450	633
5. Jahresüberschuss			900	1.300
6. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Verlustrücklage gemäß § 37 VAG		300		400
b) in andere Gewinnrücklagen		600		900
			900	1.300
7. Bilanzgewinn			0	0

Anhang – Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Maßgebende Rechnungslegungsvorschriften

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) aufgestellt.

Immaterielle Vermögensgegenstände

Die entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände wurden zu Anschaffungskosten nach Abzug linearer Abschreibungen bewertet.

Kapitalanlagen

Die ausgewiesenen Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und Inhaberschuldverschreibungen wurden gemäß § 341b Abs. 2 Satz 1 2. Halbsatz i.V.m. § 253 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Satz 3 HGB (gemildertes Niederstwertprinzip) dem Anlagevermögen zugeordnet. Die Bewertung erfolgte grundsätzlich mit den fortgeführten Anschaffungskosten, es sei denn, voraussichtlich dauernde Wertminderungen erforderten entsprechende Abschreibungen. Das Wertaufholungsgebot gemäß § 253 Abs. 5 HGB wurde beachtet.

Die Bewertung der Namensschuldverschreibungen erfolgte zum Nennwert abzüglich Tilgungen. Die bei Auszahlung von Namensschuldverschreibungen sich ergebenden Disagio- bzw. Agiobeträge wurden passiv bzw. aktiv abgegrenzt und zeitanteilig verteilt. Die Bewertung der Namensschuldverschreibungen und Inhaberschuldverschreibungen ohne laufende Zinszahlung (Zeros) erfolgte mit den Anschaffungskosten zuzüglich der anteilig auf das jeweilige Geschäftsjahr entfallenden Zinsansprüche (Aufzinsung). Bei Schuldscheinforderungen und Darlehen wurden die Anschaffungskosten zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation der Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag unter Anwendung der Effektivzinsmethode angesetzt.

Die Bewertung der Namensschuldverschreibungen sowie Schuldscheinforderungen und Darlehen erfolgte unter Berücksichtigung der in 2009 veröffentlichten Verlautbarung der BaFin und des Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW). Wertberichtigungen waren im Geschäftsjahr nicht erforderlich.

Die Einlagen bei Kreditinstituten wurden mit dem Nominalbetrag angesetzt.

Forderungen

Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft und Sonstige Forderungen wurden mit den Anschaffungskosten bewertet. Erforderliche Wertberichtigungen wurden vorgenommen. Sämtliche als uneinbringlich erkannten Forderungen wurden abgeschrieben.

Anhang – Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Sonstige Vermögensgegenstände

Bei den Sachanlagen erfolgte die Abschreibung linear über die voraussichtliche betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer. Die geringwertigen Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten € 150,00 (netto) nicht überstieg, wurden gemäß § 6 Abs. 2a EStG im Geschäftsjahr in voller Höhe abgeschrieben. Bewegliche abnutzbare Wirtschaftsgüter mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten von mehr als € 150,00 bis zu € 1.000,00 (netto) wurden in einen jahrgangsbezogenen Sammelposten eingestellt und über fünf Jahre linear abgeschrieben.

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten und der Kassenbestand wurden mit den Nominalbeträgen angesetzt.

Andere Vermögensgegenstände wurden mit den Anschaffungskosten (Auszahlungen an Versicherungsnehmer bzw. erfüllungshalber an Dritte geleistete Zahlungen) bewertet. Zur Berücksichtigung der zeitverzögerten Realisation wurde eine Pauschalwertberichtigung für die entgangene Verzinsung gebildet.

Rechnungsabgrenzungsposten

Abgegrenzte Zinsen, die auf das Geschäftsjahr entfallen, aber noch nicht fällig sind, werden zeitanteilig mit dem Nominalwert bewertet. Sonstige aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden mit den Nominalbeträgen angesetzt.

Aktive latente Steuern

Zum 31.12.2013 errechneten sich künftige Steuerentlastungen saldiert aus abweichenden Wertansätzen im Wesentlichen bei den Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere und bei den sonstigen Rückstellungen in Höhe von T€ 4. Der Berechnung lag ein Steuersatz von 31,93% zugrunde.

Aufgrund des ausgeübten Wahlrechts, auf den Ansatz aktiver latenter Steuern zu verzichten, wurde zum 31.12.2013 kein Bilanzposten angesetzt.

Versicherungstechnische Rückstellungen

Innerhalb der Deckungsrückstellung wurde die kalkulatorische Alterungsrückstellung nach der prospektiven Methode als Barwert der künftigen Versicherungsleistungen, vermindert um den Barwert der künftigen Rückstellungsbeiträge, nach Maßgabe der technischen Berechnungsgrundlagen ermittelt. Darüber hinaus umfasst die Deckungsrückstellung Zuschreibungen gemäß § 12a Abs. 2 und § 12a Abs. 4a VAG, die dem Aufbau einer Anwartschaft auf Beitragsermäßigung im Alter dienen. Dieser Anteil wurde nach der retrospektiven Methode ermittelt.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wurde in Übereinstimmung mit der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) gebildet. Sie beinhaltet auch die Schadenregulierungsaufwendungen. Diese wurden in Anlehnung an den Erlass des Bundesministeriums der Finanzen vom 02.02.1973 pauschal ermittelt auf der Grundlage des Verhältnissatzes von Schadenregulierungsaufwendungen zu Schadenaufwendungen des Geschäftsjahres.

Anhang – Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Rückstellung für die erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung wurde gemäß der Satzung gebildet.

Die Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung wurde aufgrund der Bestimmungen des § 12a Abs. 3 VAG ermittelt.

Unter den sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen wird die Stornorückstellung ausgewiesen. Sie wurde einheitlich mit 6,5% (Vorjahr 6,5%) der Summe der negativen Anteile der Alterungs- und Sterbegeldrückstellungen in Ansatz gebracht.

Andere Rückstellungen

Die anderen Rückstellungen wurden gemäß § 253 Abs. 1 HGB mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt und bei Laufzeiten von mehr als einem Jahr gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem der Restlaufzeit entsprechendem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

Andere Verbindlichkeiten

Die anderen Verbindlichkeiten wurden mit den Erfüllungsbeträgen angesetzt.

Außerbilanzielle Geschäfte

Vorkäufe von Ausleihungen wurden nach finanzmathematischen Grundsätzen mit anerkannten Renditeformeln einzeln bewertet.

Währungsumrechnungen

Für das in fremder Währung abgeschlossene Versicherungsgeschäft werden die Aktiva und Passiva sowie die Erträge und Aufwendungen in der jeweiligen ausländischen Währung geführt. Zur Erstellung des Jahresabschlusses wurden diese Posten gemäß § 256a HGB zum Devisenkassamittelkurs des Bilanzstichtages in Euro umgerechnet.

Anhang – Angaben zur Bilanz

AKTIVA - ENTWICKLUNG DER AKTIVPOSTEN A. UND B. IM GESCHÄFTSJAHR 2013

	Bilanzwerte Vorjahr	Zugänge	Um- buchungen	Abgänge	Zuschrei- bungen ¹⁾	Abschrei- bungen	Bilanzwerte Geschäfts- jahr
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
A. Immaterielle Vermögensgegenstände							
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	4	14	0	0	0	1	16
2. Summe A.	4	14	0	0	0	1	16
B. Kapitalanlagen							
I. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	34.724	2.539	0	29.724	0	0	7.539
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	71.439	42.097	0	13.411	94	0	100.218
3. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	83.083	5.000	0	15.000	150	0	73.233
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	25.000	25.100	0	2.000	0	0	48.100
4. Einlagen bei Kreditinstituten	1.669	8.395	0	0	0	0	10.064
5. Summe B.	215.915	83.130	0	60.135	244	0	239.154
Insgesamt	215.919	83.144	0	60.135	244	1	239.171

¹⁾ davon Zerozinszuschreibungen von T€ 244

Anhang - Angaben zur Bilanz

Aktiva

Zu B. Kapitalanlagen

I. 1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Der gesamte unter dieser Bilanzposition ausgewiesene Wertpapierbestand wurde dem Anlagevermögen zugeordnet. In diesem Posten sind Spezialfonds mit einem Buchwert von T€ 7.539 (Vorjahr T€ 32.224) enthalten, deren Zeitwert unter dem Buchwert lag. Der Verein geht davon aus, dass diese stillen Lasten von T€ 28 (Vorjahr T€ 754) nicht dauerhaft sind. Deshalb wurden keine außerplanmäßigen Abschreibungen vorgenommen. Im Geschäftsjahr wurden keine Geschäfte in freistehenden derivativen Finanzinstrumenten getätigt.

I. 2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Der Gesamtbestand wurde dem Anlagevermögen zugeordnet. In diesem Posten sind Inhaberschuldverschreibungen mit einem Buchwert von T€ 14.408 (Vorjahr T€ 3.938) enthalten, deren Zeitwert in Höhe von T€ 13.812 (Vorjahr T€ 3.670) unter dem Buchwert lag. Ein Verkauf dieser Papiere vor deren planmäßiger Tilgung ist nicht beabsichtigt. Da aufgrund der Kreditqualität der hiervon betroffenen Wertpapiere von einer Rückzahlung zum Nennwert auszugehen ist, werden die Kursrückgänge nicht als voraussichtlich dauernd angesehen.

Die Vorkäufe über Inhaberschuldverschreibungen in Höhe von T€ 10.500 (nominal) werden mit den zum Bewertungsstichtag herrschenden laufzeitkongruenten Swapzinsätzen unter Berücksichtigung der Kreditqualität der jeweiligen Schuldner analog zur Bewertung der sonstigen Ausleihungen bewertet. Es ergibt sich für die Vorkaufsrechte ein Zeitwert in Höhe von T€ 10.959.

Anhang - Angaben zur Bilanz

Zeitwerte der Kapitalanlagen				
	Buchwert	Zeitwert	Buchwert	Zeitwert
	2013	2013	2012	2012
	T€	T€	T€	T€
B. I. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	7.539	7.511	34.724	34.034
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	100.218	109.149	71.439	81.446
3. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	73.233	82.982	85.083	98.034
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	48.100	49.723	25.000	27.988
4. Einlagen bei Kreditinstituten	10.064	10.064	1.669	1.669
5. Summe B.I.	239.154	259.428	217.915	243.171
B. Kapitalanlagen	239.154	259.428	217.915	243.171
davon zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert	165.921	176.446	114.868	145.137
davon zum Nennwert bilanziert	73.233	82.982	86.939	98.034
davon Finanzinstrumente wie Anlagevermögen bewertet (§ 285 Nr. 18 HGB)	239.154	259.428	217.915	243.171
davon mit stillen Lasten	49.756	48.016	43.380	41.971

Zeitwerte der Kapitalanlagen

Bei Aktien, anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere, Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere, die an einer Börse notieren, wurden die Zeitwerte mit dem Jahresultimo-Börsenkurs angesetzt.

Die Zeitwerte der Anteile oder Aktien an Investmentvermögen entsprechen den offiziellen Rücknahmepreisen der Kapitalanlagegesellschaften.

Die Zeitwerte der sonstigen Ausleihungen wurden mittels der Discounted-Cash-Flow-Methode ermittelt. Als Grundlage der Bewertung dienten laufzeitkongruente Swapzinsätze unter Berücksichtigung der Kreditliquidität der jeweiligen Schuldner. Diese wurden in Klassen eingeteilt und mit den auf der nachfolgenden Seite dargestellten Risikoanschlägen versehen.

Anhang - Angaben zur Bilanz

Risikoaufschläge* bei der Ermittlung der Zeitwerte	
Staatsanleihen	
Belgien	+53
Deutschland	+5
Frankreich	+36
Luxemburg	+7
Österreich	+18
Slowakei	+87
Spanien	+205
Rest	+93
Pfandbriefe	
Australien	+37
Belgien	+36
Dänemark	+40
Deutschland	+17
Finnland	+17
Frankreich	+53
Großbritannien	+42
Irland	+133
Italien	+129
Kanada	+17
Luxemburg	+90
Neuseeland	+28
Niederlande	+43
Norwegen	+42
Österreich	+47
Portugal	+230
Schweden	+36
Schweiz	+24
Skandinavien	+29
Spanien Single Cedulas	+283

Anhang - Angaben zur Bilanz

Risikoaufschläge* bei der Ermittlung der Zeitwerte	
Spanien Multi Cedulas	+163
USA	+29
Rest	0
Unternehmensdarlehen, vorrangig	
Banken Deutschland	+67
Banken Österreich	+82
Banken Rest	+105
Versicherungen	+116
Sonstige	+94
Unternehmensdarlehen, nachrangig	
Banken, Versicherungen	
Lower Tier II	+205
Upper Tier II	+280
Tier I	+305
Sonstige Darlehen	+200
Hypotheken	+50

* Basispunkte

Anhang - Angaben zur Bilanz

Zu D. Sonstige Vermögensgegenstände

III. Andere Vermögensgegenstände

Der Ausweis betrifft Vorauszahlungen an Versicherungsnehmer bzw. erfüllungshalber an Dritte geleistete Zahlungen für Versicherungsnehmer. Die Rückzahlung der Vorauszahlung erfolgt durch den abgetretenen Zahlungsanspruch auf Beihilfeleistungen nach den beamtenrechtlichen Vorschriften.

Nach der Art der Auszahlung bzw. den Zahlungsempfängern gliedert sich der Bilanzposten wie folgt:

Andere Vermögensgegenstände		
	2013	2012
	T€	T€
Beihilfeforderungen	12.213	12.270
Forderungen an Abrechnungsstellen	1.625	4.132
	13.838	16.402
Pauschalwertberichtigung auf sonstige Beihilfeträger	-300	-300
	13.538	16.102

Bei dem Ausweis der Beihilfeforderungen 2013 in Höhe von T€ 12.213 wurden Rückforderungsansprüche von T€ 1.102 verrechnet.

Zu E. Rechnungsabgrenzungsposten

II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

Der Posten betrifft mit T€ 24 Agien auf Namensschuldverschreibungen.

Außerbilanzielle Geschäfte

Es wurden Vorkäufe mit einem Nennwert von T€ 10.500 und einer Verpflichtung von T€ 10.382 getätigt. Sie waren als schwebende Geschäfte von Inhaberschuldverschreibungen nicht zu bilanzieren. Der beizulegende Zeitwert der Vorkäufe betrug am Bilanzstichtag T€ 10.959.

Anhang - Angaben zur Bilanz

PASSIVA

Zu A. Eigenkapital

Gewinnrücklagen			
		2013	2012
		T€	T€
1.	Verlustrücklage gemäß § 37 VAG		
	Stand am 01.01.	3.600	3.200
	Einstellung aus dem Jahresüberschuss	300	400
	Stand am 31.12.	3.900	3.600
2.	Andere Gewinnrücklagen		
	Stand am 01.01.	5.500	4.600
	Einstellung aus dem Jahresüberschuss	600	900
	Stand am 31.12.	6.100	5.500
	Stand am 31.12.	10.000	9.100

Zu B. Versicherungstechnische Rückstellungen

Versicherungstechnische Brutto-Rückstellungen		
	2013	2012
	T€	T€
Versicherungstechnische Brutto-Rückstellungen	246.651	226.032
davon		
- Brutto-Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	8.200	6.700

Bei der Bewertung der Teilrückstellung für Versicherungsleistungen wurden Regressforderungen in Höhe von T€ 477 (Vorjahr T€ 580) verrechnet.

In der Dotierung der Deckungsrückstellung ist ein Betrag von T€ 1 (Vorjahr T€ 0) für Übertragungswerte aus dem zum 31.12.2013 abgehenden Verträgen enthalten.

Anhang - Angaben zur Bilanz

III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

Rückstellung					
		Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung	Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		
			Poolrelevante RfB aus der PPV	Beitrag gemäß § 12a Abs. 3 VAG	Sonstiges
		(a)	(b)	(c)	(d)
		T€	T€	T€	T€
1.	Bilanzwerte Vorjahr	15.800	0	787	0
2.	Entnahme zur Verrechnung	309	0	0	0
3.	Zuführung	4.233	0	420	0
4.	Bilanzwerte Geschäftsjahr	19.724	0	1.208	0
5.	Gesamter Betrag des Geschäftsjahres nach § 12a VAG:			2.007	

Zu E. Rechnungsabgrenzungsposten

Die Position enthält ausschließlich Disagien auf Namensschuldverschreibungen.

Anhang - Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Zu I. Versicherungstechnische Rechnung

Zu 1. a) Gebuchte Bruttobeiträge

Gebuchte Bruttobeiträge			
		2013	2012
		T€	T€
aa)	Gebuchte Bruttobeiträge aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft, untergliedert nach:		
	- Einzelversicherungen	47.162	46.905
	- Gruppenversicherungen	0	0
		47.162	46.905
bb)	Gebuchte Bruttobeiträge aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft, untergliedert nach:		
	- Laufenden Beiträgen	47.162	46.905
	- Einmalbeiträgen	0	0
		47.162	46.905
cc)	Gebuchte Bruttobeiträge aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft, untergliedert nach:		
	- Krankheitskostenvollversicherungen	47.162	46.905

In den gebuchten Bruttobeiträgen sind T€ 3.055 (Vorjahr T€ 2.850) gesetzlicher Zuschlag gemäß § 12 Abs. 4a VAG enthalten.

In der Krankheitskostenvollversicherung sind am 31.12.2013 28.705 (Vorjahr 29.016) natürliche Personen versichert.

Anhang - Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Zu 2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung

Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		
	2013	2012
	T€	T€
a) Erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung		
- Krankheitskostenvollversicherungen	309	1.405
b) Erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		
- Krankheitskostenvollversicherungen	0	2
	309	1408

Zu 5. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung (einschließlich Schadenregulierungsaufwendungen)

Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung		
	2013	2012
	T€	T€
Aufwendungen für Geschäftsjahresschäden		
a) Gezahlt	24.396	23.276
b) Zurückgestellt	8.200	6.700
Verlust aus der Abwicklung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle des Vorjahres	-163	-904
	32.759	30.879

Anhang - Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Rückversicherungssaldo

Der Saldo des in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäfts gemäß § 51 Abs. 4 Nr. 2b) RechVersV betrug T€ -60 (Vorjahr T€ -67).

Zu II. Nichtversicherungstechnische Rechnung

Zu 2. Sonstige Aufwendungen

Sonstige Aufwendungen		
	2013	2012
	T€	T€
a) Beihilfeabwicklungskosten	1.763	588
b) Aufwendungen, die das Unternehmen als Ganze betreffen	294	283
c) Sonstige Abschreibungen	0	260
d) Sonstige Zinsaufwendungen	20	3
e) Übrige nicht versicherungstechnische Aufwendungen	71	0
	2.149	1.134

Zinsen aus der Ab- und Aufzinsung

Das Jahresergebnis wurde durch die Aufzinsung in Höhe von T€ 0,4 aus langfristigen Rückstellungen beeinflusst, während durch die Abzinsung keine Ergebniseffekte zu verzeichnen waren.

Anhang – Persönliche Aufwendungen

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter			
		2013	2012
		T€	T€
1.	Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	176	200
2.	Löhne und Gehälter	1.413	1.346
3.	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	303	291
4.	Aufwendungen für Altersversorgung	10	10
5.	Aufwendungen insgesamt	1.902	1.847

Anzahl Mitarbeiter

Die Anzahl der im Angestelltenverhältnis beschäftigten Mitarbeiter betrug im Geschäftsjahr durchschnittlich 31 Personen (Vorjahr 32). Diese sind ausschließlich im Innendienst beschäftigt.

Bezüge der Organe

Die Gesamtbezüge des Vorstandes betragen T€ 18 (Vorjahr T€ 17). An frühere Mitglieder des Vorstandes wurden T€ 0 (Vorjahr T€ 3) gezahlt.

Die Aufsichtsratsvergütungen betragen T€ 78 (Vorjahr T€ 86).

Honorar des Abschlussprüfers

(inklusive Nebenkosten, ohne Umsatzsteuer)

Honorar des Abschlussprüfers			
		2013	2012
		T€	T€
1.	Abschlussprüferleistung	58	54
2.	Steuerberatungsleistungen	6	5

Sonstige Angaben

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die FAMK ist über die Mitgliedschaft im Verband der privaten Krankenversicherer mittelbar Mitglied des Sicherungsfonds für die Krankenversicherer. Der Sicherungsfonds erhebt von den Krankenversicherungsunternehmen im Sicherungsfall zur Erfüllung seiner Verpflichtungen aus übernommenen Krankenversicherungsverträgen Sonderbeiträge bis zu 2‰ der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen. Zum Bilanzstichtag ergab sich eine Eventualverbindlichkeit von T€ 493. Bisher erfolgte keine Inanspruchnahme.

Aus Vorkäufen bestehen Abnahmeverpflichtungen im Geschäftsjahr 2014 in Höhe von nominal T€ 10.500.

In der Bilanz sind weder Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mehr als fünf Jahren, noch Verbindlichkeiten, die durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert sind, enthalten. Aus der Bilanz nicht ersichtliche Haftungsverhältnisse und nennenswerte finanzielle Verpflichtungen bestehen nicht.

Angaben zu den Geschäften mit nahe stehenden Unternehmen und Personen

Zu den nahe stehenden Unternehmen zählen die INTER Kranken, die mit der FAMK einen Gleichordnungskonzern im Sinne des § 18 Abs. 2 AktG bildet, sowie die mit der INTER Kranken verbundenen Unternehmen.

Zu den nahe stehenden Personen gehören die Mitglieder des Aufsichtsrats, des Vorstands und die leitenden Angestellten der ersten Führungsebene unter dem Vorstand sowie die nahen Familienangehörigen.

Zwischen den nahe stehenden Unternehmen bestehen ein Organisationsgemeinschaftsvertrag und diverse Generalagentur-, Dienstleistungs- und Funktionsausgliederungsverträge, wobei ganz überwiegend die INTER Kranken Dienstleistungen für die Konzernunternehmen erbringt und in geringem Umfang erhält. Die Dienstleistungen werden überwiegend zu Selbstkosten einschließlich entsprechender Gemeinkostenzuschläge beziehungsweise zu vereinbarten marktüblichen Preisen oder im Wege der sachgerechten Kostenteilung abgerechnet.

Bei den Geschäftsbeziehungen zu nahe stehenden Personen handelt es sich im Wesentlichen um Versicherungsverträge. Hierbei erhalten nahe stehende Personen Versicherungsschutz zu für Mitarbeiter von Finanzdienstleistern geltenden Konditionen und Mitarbeiterkonditionen bei Bausparverträgen. Ansonsten erfolgen die Vertragsabschlüsse zu den üblichen Bedingungen.

Zusammenfassend ergibt sich keine Berichterstattungspflicht im Sinne des § 285 Satz 1 Nr. 21 HGB über wesentliche Geschäfte zu marktunüblichen Bedingungen.

Verbände

Das Unternehmen ist u. a. Mitglied des Verband der privaten Krankenversicherung e.V., Köln.

Mitglieder unserer Organe

Mitgliedervertretung	
Burlon, Silvio	Direktor der hessischen Landesfeuerweherschule, Kassel, bis 29.05.2013
Frank, Karl-Heinz	stv. Amtsleiter Branddirektor Frankfurt Ltd. BD, Alzenau, seit 29.05.2013
Döring, Hans-Joachim	Polizeihauptkommissar a.D., Frankfurt am Main
Hefner, Günter	Ministerialdirigent, Leiter Zentralabteilung, Heimbuchenthal
Koch, Michael	Kriminalhauptkommissar i.R., Niedernhausen
Küchler, Heinz	Brandamtsrat i.R., Frankfurt am Main
Meireis, Rolf	Leitender Ministerialrat, Wiesbaden
Pogantke, Thomas	Brandamtman, Maintal
Prochnow, Klaus	Erster Polizeihauptkommissar, Geisenheim, seit 01.01.2013
Weidlich, Horst	Polizeihauptkommissar a.D., Oberursel
Weinheimer, Andreas	Brandoberamtsrat, Bad Vilbel

Aufsichtsrat	
Frerichs, Peter	Polizeipräsident a.D., Frankfurt am Main, Vorsitzender des Aufsichtsrats
Thomas, Peter	Vorstandsvorsitzender der INTER Versicherungsgruppe, Jesteburg, stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats
Burlon, Silvio	Direktor der hessischen Landesfeuerweherschule, Kassel, seit 29.05.2013
Gordt, Claudia	Rechtsanwältin und Notarin, Viernheim
Herth, Helmut	Diplom-Ingenieur, Frankfurt am Main, bis 22.01.2013
Dr. med. Imgrund-Koch, Sabine	Fachärztin für Gynäkologie, Aschaffenburg
Winterbauer, Gerhard	Direktor i.R., Birkenau

Mitglieder unserer Organe

Vorstand	
Kreibich, Matthias	ordentliches Vorstandsmitglied, Ludwigshafen
Schillinger, Michael	ordentliches Vorstandsmitglied, Mannheim, seit 01.11.2013 stellvertretendes Vorstandsmitglied, Mannheim, bis 31.10.2013

Prokuristen, Verantwortlicher Aktuar, Abschlussprüfer und Treuhänder

Prokuristen	
Buchwald, Mark	
Fischer, Klaus	
Krämer, Johannes	
Läuter-Lüttig, Grit, bis 31.08.2013	
Wolf, Joachim	
Verantwortlicher Aktuarin	
Fink, Ulrike	Dipl.-Mathematikerin, Karlsruhe, seit 01.09.2013
Läuter-Lüttig, Grit	Dipl.-Mathematikerin, Mannheim, bis 31.08.2013
Abschlussprüfer	
RBS RoeverBroennerSusat GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft	Hamburg
Treuhänder für das Sicherungsvermögen	
Eberwein, Jürgen	Plankstadt

Frankfurt am Main, den 20.03.2014

Freie Arzt- und Medizinkasse
der Angehörigen der Berufsfeuerwehr und der Polizei VVaG
Der Vorstand

Kreibich

Schillinger

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der FREIE ARZT- UND MEDIZINKASSE der Angehörigen der Berufsfeuerwehr und der Polizei VVaG, Frankfurt am Main, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Vereins. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Vereins sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet. Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Vereins. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, den 29. April 2014

RBS RoeverBroennerSusat GmbH & Co. KG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Steuerberatungsgesellschaft

Schärtl
Wirtschaftsprüfer

Förg
Wirtschaftsprüferin

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat ließ sich im Jahr 2013 über die Geschäftsentwicklung, die Geschäftsführung und die finanzielle Situation des Unternehmens vom Vorstand umfassend schriftlich und mündlich berichten. Zudem wurden in regelmäßigen gemeinsamen Sitzungen alle wichtigen geschäftspolitischen Ereignisse eingehend besprochen und dabei vom Vorstand alle Fragen erschöpfend beantwortet.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht 2013 wurden durch den vom Aufsichtsrat bestimmten Abschlussprüfer, RBS RoeverBroennerSusat GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Hamburg, geprüft. Es wurden keine Beanstandungen erhoben, sodass der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt wurde. Der Aufsichtsrat hat zu den Prüfungsergebnissen keine Bemerkungen zu machen.

Der Aufsichtsrat hat den ihm vorgelegten Jahresabschluss und den Lagebericht geprüft; er erhebt nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung keine Einwendungen und billigt den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss 2013, der damit festgestellt ist.

Frankfurt, den 14.05.2014

Freie Arzt- und Medizinkasse
der Angehörigen der Berufsfeuerwehr und der Polizei VVaG
Der Aufsichtsrat

Frerichs
Vorsitzender